Unser Programm zur Kommunalwahl 2026:

Kümmern statt kürzen.

Ein Darmstadt für alle!

Die Linke

Inhaltsverzeichnis

Darmstadt – eine lebenswerte Stadt für alle **4**

Gegen Armut, für soziale Gerechtigkeit **5**

Kümmern statt kürzen – Angriffe auf den Sozialstaat stoppen 5
Hingucken statt Abhängen: für die Stärkung der Gemeinwesenarbeit 6
Prävention und Räume statt Stigmatisierung und Vertreibung von Drogenabhängigen 7
Kein Sonder-Arbeitsrecht für kirchliche Träger 8
Nein zu Gewalt an Frauen und Mädchen – auch die Stadt steht in der Pflicht 9

Öffentliches Eigentum stärken **9**

Rekommunalisierung statt Privatisierung 9
Den Stadtkonzern resozialisieren 10
Für eine gute öffentliche Gesundheitsversorgung 11
Darmstadt braucht gute Arbeit 12

Wohnen – ein Grundrecht und keine Ware **13**

Sozialen Wohnungsbau fördern 13
Für eine am Gemeinwohl orientierte Bodenpolitik 16
Die Bauverein AG in die Pflicht nehmen 17

Ökologische Stadtentwicklung für eine klimagerechte Zukunft **19**

Für Klimaschutz und Klimagerechtigkeit 19
Soziale und klimagerechte Wärme- und Energiewende 20
Klimaanpassung, Grünflächen und biologische Vielfalt 22
Wald und Wasser 24

Fundierte Planung für eine nachhaltige Stadt **25**

Darmstadt sozial und ökologisch planen 25
Die Stadt der kurzen Wege 27

Stadt für alle, statt nur für Autos **28**

Ansätze für ein ökologisches Verkehrskonzept 28
Mobilität im Großen und im Kleinen 29
Verkehrsgerechtigkeit an der Ampel und im Planungsbüro 30
Unsere Stadt – unser Platz 31
Bus und Bahn bezahlbar – und das Fahrpersonal gut bezahlt 32
Dichtes Netz und guter Takt 33

Gute Bildung und Raum zur Selbstverwirklichung **35**

Kita und Krippe: Bildungsgerechtigkeit für alle von Anfang an 36
Erzieher*innen aufwerten 36
Betreuungsplätze für alle und kostenlos 37
Länger gemeinsam lernen und Ganztagsangebote ausbauen 37

Schule als Lern- und Lebensraum 38
Die Stadt als Vorbild für den Berufseinstieg 40
Öffentlicher Raum für die Freizeitgestaltung und das Engagement von Kindern und Jugendlichen 40
Die Würde des Menschen ist unantastbar – auch im Alter 42
Breitensport fördern 44

Für eine bunte Gesellschaft 45
Klare Kante gegen Rechts 45
Solidarität mit Geflüchteten – gegen Ausgrenzung 46
Migrant*innen sind keine Menschen zweiter Klasse 47

Menschen sind gleichberechtigt 48
Einkommensgerechtigkeit und Aufwertung von Sorgearbeit 49
Stadtentwicklung gerecht gestalten 49
Inklusion leben – Barrieren abbauen 50
Geschlechtergerechte Mobilität 50
Schutz vor Gewalt – überall und jederzeit 51
Selbstbestimmung über den eigenen Körper 51
Vielfalt anerkennen und stärken 52

Demokratie in Darmstadt beleben – für Frieden und Freiheit 52
Demokratie lebt von Mitgestaltung 52
Transparenz schafft Vertrauen 53
Freiheitsrechte sichern und öffentliche Räume erhalten 54
Für eine bodenständige Digitalstadt: Onlinezugang ausbauen, analoge Zugänge erhalten 55
Darmstadt ist eine Stadt des Friedens 56

Kultur für alle 57
Darmstadts kulturelle Vielfalt für alle 57
Breite Kulturförderung statt Leuchturmprojekte 58
Mathildenhöhe und Weltkulturerbe 58
Öffentliche Kultur in jedem Stadtteil 59

Investieren in die Zukunft! 60
Die Kommunen stecken tief in der finanziellen Krise 60
Sparen kommt uns alle teuer zu stehen 61
Reichtum gerecht besteuern und Schuldenbremse abschaffen 62

Vorwort

Darmstadt – eine lebenswerte Stadt für alle

Eine lebenswerte Stadt bietet allen Einwohner*innen guten Wohnraum zu erschwinglichen Mieten, gebührenfreie und qualifizierte Kinderbetreuung, gute Schulen mit zeitgemäßer technischer Ausstattung, humane Pflege und Betreuung für alte Menschen, preiswerten öffentlichen Nahverkehr, direkte Demokratie, transparente Politik und Verwaltung, ein vielfältiges Kulturangebot für alle, breit gefächerte und kostengünstige Freizeitmöglichkeiten und intakte Straßen mit sicheren und gut ausgebauten Radverkehrsnetzen. Sie wird der Klimakrise gerecht, indem sie die Bürger*innen vor deren Folgen schützt und zur Begrenzung der Erderwärmung einen Großteil ihres Energieverbrauchs selbst erneuerbar erzeugt und ihre Lebensmittel aus der Region bezieht. Sie schafft städtische Naturräume, um die Artenvielfalt wieder zu vergrößern. Diese Stadt heißt Geflüchtete willkommen und stellt sich klar gegen rechte Hetze. In ihr haben alle Menschen am gesellschaftlichen Leben teil, finden Unterstützung in schweren Zeiten, stehen sich bei und bewältigen Herausforderungen gemeinsam. Das alles kann Darmstadt sein: Eine sorgende Stadt, in der wir uns umeinander kümmern und von der Stadt unterstützt werden.

Doch im Kapitalismus stehen nicht die Menschen und ihre Bedürfnisse im Vordergrund, sondern die Maximierung des Profits und das dafür notwendige Streben nach Wachstum. Das Interesse weniger Menschen wird über das Wohl aller gestellt. Der Kapitalismus führt zu globaler Ungerechtigkeit und zerstört unser Ökosystem. Die Logik der Konkurrenz um Rohstoffe und Absatzmärkte schürt weltweit Kriege. Die Produktion ist der demokratischen Entscheidung entzogen, denn der Wettbewerb bestimmt, was produziert wird und auf welche Weise das geschieht. Menschen, deren Arbeitskraft nicht mehr gebraucht wird, sind von Arbeitslosigkeit bedroht und sehen sich einer unsicheren Zukunft ausgeliefert.

Doch es gibt kein Naturgesetz, das eine schlechte Bezahlung systemrelevanter Berufe fordert, den Rausschmiss aus der eigenen Wohnung verlangt, die Verteilung der (Sorge-)Arbeit unter den Geschlechtern vorschreibt, Grenzschließungen befiehlt oder die wirtschaftliche Existenz von Menschen in Frage stellt. Dies alles ist menschengemacht und kann von Menschen – also von uns allen – verändert werden.

Damit sich diese Verhältnisse ändern und eine wirklich lebenswerte Stadt entstehen kann, streitet Die Linke für die Idee des demokratischen Sozialismus. Wir wollen eine Gesellschaft ohne Armut, in der alle in Frieden, Würde, sozialer Sicherheit und freier Entfaltung leben können. Aber auch unter den gegebenen Verhältnissen kämpft Die Linke dafür, die Lebensbedingungen aller Menschen zu verbessern. Hier in Darmstadt treten wir dafür ein, dass niemand zurückgelassen wird und dass alle Menschen ein gutes Leben führen können. Mensch und Umwelt vor Profite: dafür steht Die Linke und dafür treten wir bei der Kommunalwahl an.

Selbst bei relativ guter Wirtschaftslage fehlte in den letzten Jahren das Geld, um allen Menschen soziale Teilhabe zu ermöglichen, um Kultur, Bildung und Freizeitgestaltung ausreichend zu fördern und um die Stadt im erforderlichen Tempo klimagerecht umzubauen. Nun

eskalieren die Wirtschaftskrise, die massiv steigenden Rüstungsausgaben und die damit einhergehende Kürzungspolitik die finanziellen Probleme. Die Unterfinanzierung in Kombination mit der Schuldenbremse stellt die kommunale Selbstverwaltung in Frage. Diese Probleme können auf der lokalen Ebene nicht gelöst werden, denn es sind der Bund und das Land Hessen, die durch ihre Steuerpolitik die Kassen der Städte und Gemeinden geplündert haben. Die Linke macht Druck für die angemessene Finanzierung der Kommunen. Dazu müssen Vermögen, Einkommen und Unternehmensgewinne viel stärker besteuert werden: Tax the Rich!

Ein besseres Darmstadt ist möglich! Doch alleine als Parlamentsfraktion können wir dieses Ziel nicht erreichen. Die Menschen müssen sich für die Durchsetzung ihrer Interessen auch selbst einsetzen. Die Linke sucht deshalb die Zusammenarbeit mit allen, die für Frieden, Demokratie und soziale Gerechtigkeit kämpfen. Sie unterstützt und fördert außerparlamentarische Arbeit als wesentliches Handlungsfeld auf dem Weg in eine neue Gesellschaft.

Kümmern statt kürzen!

Kapitel I – Sozialpolitik

Gegen Armut, für soziale Gerechtigkeit

Kümmern statt kürzen – Angriffe auf den Sozialstaat stoppen

Auch in Darmstadt sind zahlreiche Menschen von der sozialfeindlichen Politik der bisherigen Regierungsparteien in Berlin und Wiesbaden betroffen. Erhebungen zu Menschen im Leistungsbezug haben ergeben: Im Jahr 2024 haben rund 14.000 Menschen und somit fast ein Zehntel der Bürger*innen Leistungen nach SGB II (Bürgergeld) erhalten. Dabei handelt es sich nicht um arbeitsunwillige oder gar faule Menschen. Ein Drittel der Personen im Leistungsbezug sind minderjährig, ein überwiegender Anteil ist alleinerziehend und die Mehrheit muss durch Leistungen ihr Gehalt aufstocken. Menschen im Leistungsbezug sind keine Bittsteller*innen – sie haben soziale Rechte.

Darüber hinaus ist das gesamte System der sozialen Grundsicherung unübersichtlich. Wir stellen in unseren Sozialsprechstunden deutschlandweit und auch in Darmstadt fest, dass Ämter und Behörden der vom Gesetzgeber vorgegeben Beratungspflicht oftmals nur unzureichend nachkommen. Die Spirale von unsauberen Verwaltungsakten und der Benachteiligung von Leistungsbezieher*innen muss gestoppt werden. Die Unübersichtlichkeit der sozialen Leistungen spiegelt sich in der Anzahl der diversen Leistungen wider. Denn es gibt Bürgergeld, Kindergeld, Kinderzuschlag, Bildung und Teilhabe, Wohngeld, BAföG, Berufsausbildungsbeihilfe, Krankengeld und noch einiges mehr. Anträge auf Grundsicherung und Sozialhilfe sind schwer verständlich, die dahinterstehenden gesetzlichen Regelungen kompliziert und undurchsichtig. Leistungsbescheide sind (nicht zuletzt durch die Arbeitsüberlastung vieler Mitarbeiter*innen der Jobcenter und Sozialämter) oft falsch. Um Betroffene so weit wie möglich zu unterstützen, brauchen sie fach- und sachkundige Unterstützung und entsprechende Beratung und Rechtshilfe. Angestellte der jeweiligen Behörden müssen ge-

nug Zeit dafür haben, die Anträge gemeinsam mit den Antragssteller*innen auszufüllen. Nur so können die Behörden ihre Beratungspflicht erfüllen.

Wir wollen die Lebensrealität von armutsbetroffenen Menschen auf jeder Ebene verbessern. Deshalb streiten wir im Bund für eine armutsfeste Grundsicherung ohne Sanktionen und eine Stärkung der Sozialversicherungen. Wir streiten für eine Welt ohne Armut und Ausgrenzung!

Doch bis dahin müssen die kommunalen Strukturen innerhalb der vorgegebenen Rahmenbedingungen verbessert werden.

Wir fordern:

- Personelle und finanzielle Stärkung der unabhängigen und städtischen Sozialberatungsstellen, um der steigenden Nachfrage gerecht zu werden.
- Mehr Personal für die Schuldnerberatungsstellen.
- Bessere Förderung der Familien- und Paarberatung sowie der Beratung von Menschen mit körperlichen, geistigen oder seelischen Einschränkungen.
- Aufrechterhaltung und Verbesserung der Teilhabecard.
- Einführung eines kostengünstigen Basiskontos für Menschen mit geringem Einkommen bei der Sparkasse Darmstadt und Dieburg.
- Familienfreundliche Eintrittspreise für Museen, Schwimmbäder und andere öffentliche Einrichtungen.

Hingucken statt Abhängen: für die Stärkung der Gemeinwesenarbeit

Der Anteil von Menschen im Leistungsbezug variiert stark zwischen den verschiedenen Stadtteilen: genauso wie in anderen Städten gibt es auch in Darmstadt Quartiere mit besonderem Entwicklungsbedarf. Dort leben viele Menschen in schwierigen sozialen Lagen, die Sozialleistungen beziehen, mit geringem Einkommen auskommen müssen oder deren Lebenslagen aufgrund anderer Faktoren prekär sind. Es gibt Mängel im Wohnumfeld und infrastrukturelle Defizite, außerdem sind die Quartiere und ihre Bevölkerung häufig von Stigmatisierung betroffen. Gemeinsame Initiativen und Projekte in diesen benachteiligten Stadtteilen können helfen, den negativen Entwicklungen entgegenzuwirken. Die Gemeinwesenarbeit übernimmt hierbei eine aktivierende und koordinierende Funktion im kommunalen Auftrag.

Das Ziel einer aktivierenden Gemeinwesenarbeit ist, Menschen zu ermutigen und zu befähigen, ihre politische Teilhabe wahrzunehmen, ihre Handlungsfähigkeit und Selbstorganisation zu verbessern. Sie sollen bessere Möglichkeiten erhalten, sich miteinander zu vernetzen und mit politischen Entscheidungsträgern sowie der Stadtverwaltung ins Gespräch zu gehen. Mit Mitteln des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“ (heute: Sozialer Zusammenhalt) setzt Darmstadt seit 1999 erfolgreich städtebauliche Projekte zur Verbesserung der Infrastruktur und des Wohnumfeldes um und fördert Stadtteilwerkstätten, die die Gemeinwesenarbeit im Rahmen der Programmumsetzung übernehmen. Fördergebiete waren von 1999-2013 Eberstadt-Süd, 2000 – 2024 Kranichstein. Seit 2017 ist das Pallaswiesen-/Mornewegviertel

(PaMo) in der Förderung und neu aufgenommen wurde in 2024 das Stadtviertel Waldkolonie. Die Gemeinwesenarbeit wird durch örtliche Wohlfahrtsverbände ausgeführt.

Die Linke unterstützt diese Gemeinwesenarbeit in den genannten Vierteln. Sie setzt sich für ihre Erhaltung und bedarfsgerechte Ausstattung ein. Bei der Neuplanung von Wohngebieten, in denen ein hoher Anteil an Sozialwohnungen realisiert wird, ist Gemeinwesenarbeit von Anfang an zu implementieren. Denn mit der wachsenden Kinder- und Altersarmut erhöhen sich auch die Anforderungen für die soziale Unterstützung der Betroffenen in den Quartieren. Ein Stellenausbau in einzelnen Fördergebieten ist dringend nötig und muss auch von der Stadt finanziert werden.

Wie der Paritätische Wohlfahrtsverband fordern auch wir, dass kommunales Engagements dauerhaft von den Kommunen abgesichert und finanziell unterstützt wird. Hinter dem Ehrenamt müssen hauptamtliche Strukturen stehen, z. B. in Freiwilligenagenturen, in der quartiersbezogenen Gemeinwesenarbeit, in Nachbarschafts- und Familienzentren.

Die Linke will:

- Stärkung der Gemeinwesenarbeit.
- Treffpunkte in den Stadtteilen und Orte der Begegnung ohne Konsumzwang.

Prävention und Räume statt Stigmatisierung und Vertreibung von Drogenabhängigen

Der Gebrauch von Drogen war und ist zu allen Zeiten und in allen Gesellschaften Teil der Lebensrealität von Menschen, doch übermäßiger Gebrauch legaler wie illegaler Drogen kann zum Verlust der Kontrolle über das eigene Leben und zu schwerer Krankheit führen. In einem defekten Gesellschaftssystem nimmt Drogenmissbrauch immer größere Ausmaße an und wird zu einem großen Problem. Staatliche Repressionen und Kriminalisierung verschlechtern die Lebensrealität der Betroffenen weiter. Suchterkrankungen sind oft Ausdruck von gesellschaftlichen Ursachen und können sich in jeder Biografie herausbilden. Deshalb ist die Gesellschaft in der Pflicht, den Betroffenen zu helfen: Drogenabhängige brauchen Unterstützung und Hilfsangebote, um ihnen das Leben zu erleichtern und gleichzeitig die Beeinträchtigung der Umgebung zu verringern.

Die Linke will Einrichtungen der Drogenhilfe erhalten und bei Bedarf erweitern. Es war richtig, die akzeptierende Drogenarbeit des „scentral“ an zentraler Stelle zu erhalten. Wir unterstützen die Überlegungen, es zu einem Gesundheitsversorgungszentrum mit angeschlossener Substitutionsambulanz auszubauen. Um Konflikte mit den Anwohner*innen zu verringern, braucht das „scentral“ einen Konsumraum und auch die Einrichtung eines Tagesruheraums und von Notschlafplätzen wäre eine sinnvolle Weiterentwicklung, die sogar kurzfristig möglich ist. Das „scentral“ kann durch soziale Arbeit die Probleme mit der Drogenszene auf ein erträgliches Maß reduzieren, aber es darf nicht dazu dienen, die Drogenszene ganz aus dem Herrngarten herauszuhalten, wie einige politische Akteur*innen es sich vorstellen. Wir lehnen auch den populistischen Ansatz ab, den Kleinhandel mit Drogen in der Nähe des „scentral“ zu unterbinden. Die Szene würde zusätzlich unter Stress gesetzt und räumlich in

der Umgebung zerstreut. Außerdem würden die Preise steigen, mit entsprechenden Folgen für die Beschaffungskriminalität.

Natürlich muss die Politik auch dazu beitragen, dass Betroffene ihren Weg aus der Sucht finden können. Prävention und Aufklärung, insbesondere an Schulen, sollen verhindern, dass maßvoller Konsum von Drogen zu Missbrauch und Abhängigkeit führt.

Deshalb fordern wir:

- Unterstützung und Hilfe für Drogenabhängige statt Repression und Kriminalisierung.
- Erhaltung des „scentral" am aktuellen Ort und Erweiterung um Konsumräume, Tagesruhebetten und Notschlafplätze – auch wenn dies für die Stadt teuer wird. Soziale Arbeit kostet Geld – daran zu sparen, kostet Leben!

Kein Sonder-Arbeitsrecht für kirchliche Träger

Die Stadt schließt Verträge mit kirchlichen Trägern zum Betrieb von sozialen Einrichtungen wie Kindertagesstätten. Dabei nehmen die Kirchen ein Sonder-Arbeitsrecht in Anspruch. Mit Berufung auf die Dienstgemeinschaft und andere fragwürdige Begriffe wird das Streikrecht ausgehebelt und es wird versucht, die Gewerkschaften außen vor zu lassen. Das Arbeitsrecht der Caritas verlangt vom katholischen Personal eine Lebensführung nach der Glaubens- und Sittenlehre der katholischen Kirche und vom nicht-katholischen Personal eine Lebensführung nach dem kirchlichen Charakter der Einrichtung. Bei der Bestellung von Leitungen gibt es immer wieder Probleme bei Scheidung, Wiederheirat, etc. Das sind Eingriffe in die Persönlichkeitsrechte der Betroffenen, die das Grundrecht auf Gleichbehandlung verletzen.

Religiöse Wohlfahrtsverbände, wie die Caritas und die Diakonie, werden nur zu knapp zwei Prozent von den Kirchen selbst finanziert. Die Kosten für z. B. Kindertagesstätten werden zu 90 bis 100% vom Staat getragen. Bei Krankenhäusern liegt der Anteil bei 100%. Die Behauptung, dass kirchliche Einrichtungen aufgrund sinkender Kirchensteuereinnahmen nicht mehr getragen werden könnten, ist also haltlos. Angesichts des Vermögens der katholischen Kirche in Höhe von rund 200 Milliarden Euro ist es ein Skandal, wenn sie sich von Aufgaben zurückzieht, sobald ein gewisses Defizit ausgeglichen werden muss oder Investitionen getätigt werden müssen. Dies betrifft in Darmstadt aktuell das Kinder- und Jugendhaus huette. Der Staat ermöglicht den Kirchen durch die Finanzierung sozialer Einrichtungen eine breite Präsenz in der Gesellschaft. Wir erwarten, dass die Kirchen aus ihrem Vermögen einen relevanten Eigenanteil daran tragen.

Deshalb fordern wir:

- Schluss mit dem kirchlichen Sonder-Arbeitsrecht.
- Abschluss von Verträgen und Vertragsverlängerungen zwischen Stadt und kirchlichen Trägern beim Betrieb von sozialen Einrichtungen wie Kindertagesstätten nur unter der Bedingung, dass mindestens die arbeitsrechtlichen Standards des öffentlichen Dienstes vereinbart werden.
- Verstärktes Engagement der Stadt Darmstadt als Träger von sozialen Einrichtungen.

Nein zu Gewalt an Frauen und Mädchen – auch die Stadt steht in der Pflicht

Gewalt an Frauen und Mädchen ist leider noch immer allgegenwärtig. Jede dritte Frau in Deutschland wird mindestens einmal in ihrem Leben Opfer von physischer und/oder sexualisierter Gewalt – auch in ihrem Zuhause. Diese seit Jahren anhaltend hohe Anzahl in Deutschland und weltweit macht deutlich, wie wichtig das Engagement der gesamten Gesellschaft gegen diese Verbrechen ist. Egal, ob es um sexuelle Übergriffe, Körperverletzung, Bedrohung, Genitalverstümmelung, Nötigung, Freiheitsberaubung, Mord oder Totschlag geht: Gewalt an Frauen muss immer und überall geächtet werden!

Hierzu ist auch die Stadt Darmstadt in der Pflicht. Frauenhäuser sind erschreckend unterfinanziert. Um nur den Regelbetrieb aufrecht zu erhalten, sind hohe Spendenbeträge notwendig, weil die öffentlichen Zuschüsse nicht ausreichen. Oftmals müssen Frauen aufgrund mangelnder räumlicher oder personeller Kapazitäten abgewiesen werden. Die Verweildauer von Betroffenen wird erheblich verlängert, weil keine Kitaplätze für die Kinder oder eine Wohnung zu finden sind.

Mit dem neuen Gewaltschutzgesetz, das der Bundestag 2025 beschlossen hat, werden die Kommunen zu einigen neuen Angeboten zum Schutz vor Gewalt verpflichtet. Allerdings ist zu befürchten, dass die dafür bereitgestellten Bundesgelder wieder einmal nicht ausreichen, um diese Angebote zu finanzieren. Die Stadt Darmstadt muss sich weiterhin mindestens im bestehenden Umfang an der Finanzierung eines bedarfsgerechten Hilfesystems bei geschlechtsspezifischer und häuslicher Gewalt beteiligen.

Kapitel II – Daseinsvorsorge, Stadtwirtschaft und öffentliche Beschäftigung

Öffentliches Eigentum stärken

Rekommunalisierung statt Privatisierung

Die Linke steht für eine Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge und den Ausbau öffentlicher Einrichtungen und Dienstleistungen. Dazu gehört alles, was die Grundversorgung der Menschen garantiert: Kindertagesstätten und Schulen, Betreuung und Pflege von Kindern und Älteren, Gesundheitsversorgung, Wasser- und Energieversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung, die Sicherung von Mobilität, ein Bildungs- und Kulturangebot mit Bibliotheken und Museen, Sportanlagen und Schwimmbädern sowie nicht zuletzt der Wohnungsbau. Wir wollen, dass alle Menschen zu diesen Gütern und Leistungen Zugang haben und nicht nur diejenigen, die es sich leisten können. Die Grundversorgung muss erschwinglich und in jeder Hinsicht für alle Bürger*innen offen und barrierefrei sein.

Privatisierung und Kommerzialisierung führen dazu, dass die Qualität der Dienstleistungen abnimmt und die Gebühren steigen. Gleichzeitig werden die Arbeitsbedingungen und die Entlohnung der Beschäftigten verschlechtert. Und hinterher muss die Kommune oft noch draufzahlen, anstatt die erwarteten Einsparungen zu realisieren. In Darmstadt gibt es erfreu-

licherweise zur Zeit keine politischen Mehrheiten für den Verkauf von Teilen des Stadtkonzerns an private Unternehmen.

Die Linke wendet sich entschieden gegen jedes Vorhaben, kommunales Eigentum aus der Hand zu geben. Wir treten vielmehr dafür ein, öffentliche Aufgaben in die Verantwortung der öffentlichen Hand zurückzuholen.

Den Stadtkonzern resozialisieren

Die Überführung von kommunalen Betrieben in privatrechtliche Kapitalgesellschaften (GmbH oder AG) unter Beibehaltung des öffentlichen Eigentums ist eine formale Privatisierung. Dadurch wird die Orientierung an der Rendite verstärkt, auch wenn die Stadt Mehrheitseigentümerin bleibt. Außerdem entzieht dieser Schritt der Stadtverordnetenversammlung die Möglichkeit zur Kontrolle und Mitwirkung an der Geschäftspolitik des Unternehmens. Die Stadtverordneten sind zwar an der Wahl der Unternehmensführung beteiligt, welche dann jedoch weitgehend unabhängig handelt und keine Rechenschaft ablegen muss. Außerdem kann der formale Wechsel zu einer privaten Rechtsform die tatsächliche Übernahme des Unternehmens durch eine*n private*n Investor*in vorbereiten.

Ein großer Teil der städtischen Wirtschaftskraft ist auf diese Weise privatwirtschaftlich verfasst und damit der demokratischen Kontrolle entzogen. Diese Unternehmen erwirtschaften zwar in vielen Fällen eine Rendite für die Stadt, entziehen sich aber oft der sozialen Verantwortung. Vor allem die Mieter*innen der Bauverein AG bekommen das zu spüren.

Seit einigen Jahren ist eine Strategie der Koalition erkennbar, öffentliches Eigentum, Aufgaben und Personalstellen von Eigenbetrieben in den privatwirtschaftlich verfassten Stadtkonzern zu verschieben. Es begann mit dem Verkauf der städtischen Wohnungen an die Bauverein AG. Es folgte die Ausgliederung eines Teils des Immobilienmanagements IDA in eine neue gegründete „Darmstädter Stadtentwicklung GmbH“. Als nächstes wurde der gesamte Eigenbetrieb Bürgerhäuser/Märkte in die „Kongresszentrum GmbH“ eingegliedert, dann gingen einige Sportstätten vom IDA an die ursprünglich nur für den Betrieb des Stadions am Böllenfalltor gegründete „Darmstädter Sportstätten GmbH“ und in diese wurde zuletzt auch noch der Eigenbetrieb Bäder ausgelagert. Solche Verschiebungen lehnen wir ab. Sie ermöglichen den Ausstieg aus dem öffentlichen Tarifvertrag und erschweren Transparenz und Kontrolle.

Für Die Linke ist es wichtig, dass die städtischen Unternehmen den Einwohner*innen gute, preiswerte und allen zugängliche Leistungen erbringen. Wir wollen außerdem, dass sie den Beschäftigten gute Arbeit und angemessene Entlohnung bieten. Damit solche politischen Ziele durchgesetzt werden können, ist für diese Unternehmen eine Rechtsform zu wählen, die demokratische Kontrolle und Mitbestimmung durch das Kommunalparlament ermöglicht. Eine Möglichkeit ist die Rückführung in einen städtischen Eigenbetrieb. Für die großen Unternehmen des Stadtkonzerns ist eine größere finanzielle und organisatorische Eigenständigkeit erforderlich. Dafür ist in der hessischen Gemeindeordnung das öffentlich-rechtliche Kommunalunternehmen vorgesehen, für die die Stadtverordnetenversammlung die genaue Struktur und die Mitbestimmungsmöglichkeiten per Satzung festlegt. Die Linke plädiert für

eine schrittweise Umwandlung des Stadtkonzerns in einen Verbund solcher Kommunalunternehmen an.

Löhne und Arbeitsbedingungen nach Tarif sind für uns Bestandteil der sozialen Verantwortung der Stadtwirtschaft. Doch von den zahlreichen Unternehmen des Stadtkonzerns sind leider einige nicht tarifgebunden. Dies betrifft beispielsweise die „Wissenschafts- und Kongresszentrum GmbH“, also das Darmstadtium, das Kaufhaus der Gelegenheiten KA-GEL oder auch die „Darmstädter Sportstätten GmbH“ (DSG). In die DSG sind durch die Auflösung des Eigenbetriebs Bäder 70 Beschäftigte übergegangen, die nun keinen Betriebsrat mehr haben. Bei Neueinstellungen gibt es dort keine tariflich gebundenen Arbeitsverträge mehr. Wo sich Beschäftigte städtischer Unternehmen mit der tariflosen Situation unzufrieden zeigen, werden wir uns gemeinsam mit ihnen für den Eintritt in einen guten Tarifvertrag stark machen.

Die Linke setzt sich ein für:

- Gemeinwohlorientierung und demokratische Kontrolle durch die Stadtverordnetenversammlung bei allen städtischen Unternehmen.
- Überführung privatwirtschaftlich verfasster städtischer Unternehmen in Eigenbetriebe oder in öffentlich-rechtliche Kommunalunternehmen.
- Tarifbindung im gesamten Stadtkonzern, keine Leiharbeit und keine Werkverträge.

Für eine gute öffentliche Gesundheitsversorgung

Bund und Länder haben in den vergangenen Jahrzehnten den finanziellen Spielraum aller Krankenhäuser in Deutschland eingeschränkt. Gedeckelte Budgets, pauschalisierte Leistungsvergütung sowie ein riesiger Investitionsstau haben dafür gesorgt, dass der Kosten- und Wettbewerbsdruck zugenommen hat. Der Personalmangel ist enorm, teils aufgrund fehlender Stellen, aber auch aufgrund des Fachkräftemangels, der sich aus den schlechten Lohn- und Arbeitsbedingungen ergibt. Dies wirkt sich auch in Darmstadt auf die Versorgungsqualität der Patient*innen aus.

Die Linke fordert auf Bundesebene die vollständige Abschaffung des Fallpauschalen-Systems zugunsten einer bedarfsorientierten Vergütung durch die Krankenkassen. Um den Investitionsstau aufzulösen, braucht es ausreichende Investitionen des Landes Hessen in die Krankenhäuser im Rahmen der gesetzlich vorgesehenen Krankenhausfinanzierung. Stattdessen weigert sich das Land, seinen gesetzlich vorgesehenen Pflichten nachzukommen, sodass unser Klinikum sogar umgekehrt seine Investitionen aus laufenden Einnahmen finanzieren musste.

Das System der Mindestmengen in den verschiedenen Leistungsgruppen, welches mit der Krankenhausreform der „Ampel“ eingeführt wurde, begünstigt große Krankenhäuser. Dadurch entstand ein enormer Druck, unser städtisches Klinikum Darmstadt mit dem kirchlichen Elisabethenstift zu fusionieren. Wir haben uns frühzeitig während der Verhandlungen für die Forderungen der Beschäftigten eingesetzt: weitestgehende Anlehnung an den Tarifvertrag des öffentlichen Diensts, Erhalt der betrieblichen Mitbestimmung und Festlegung des Dienstorts der Servicebeschäftigten, die direkt zu „Agaplesion“ übergehen. Zum Zeit-

punkt der Entscheidung über die Fusion war nicht sichergestellt, in welchem Umfang diese Forderungen erfüllt werden, weshalb wir sie abgelehnt haben. Wir werden gemeinsam mit den Beschäftigen dafür kämpfen, dass der Haustarifvertrag dem TVöD entspricht und sich auch in Zukunft nicht zum Nachteil der Belegschaft von den Bedingungen des TVöD entfernt.

Das Darmstädter Klinikum hatte verschiedene Service-Bereiche wie Hauswirtschaft, Gebäudereinigung und Verpflegung ausgegliedert, um eine Bezahlung nach dem Tarif des öffentlichen Dienstes zu vermeiden. Dies wird in der fusionierten Klinik fortgesetzt, indem die Servicebeschäftigten in die entsprechenden Gesellschaften von „Agaplesion" übergehen. Diese Ausgliederung finden wir grundsätzlich nicht in Ordnung. Die Linke fordert die Eingliederung der Servicebeschäftigten in das fusionierte Klinikum, so dass auch für sie der Haustarifvertrag auf TVöD-Niveau gilt.

Darmstadt braucht gute Arbeit

Die Menschen in Darmstadt brauchen tarifvertraglich abgesicherte, sozialversicherungspflichtige und existenzsichernde Arbeitsplätze, die gerade jungen Menschen Perspektiven bieten. Die Linke wendet sich gegen sachgrundlose Befristungen und Leiharbeit, die nicht selten auch im öffentlichen Dienst angewendet werden.

Die Kommunen sind große Arbeitgeberinnen. Sie können durch gute Tarifabschlüsse Standards bei der Entlohnung und bei der Arbeitszeit setzen. Die niedrigere Bezahlung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst im Vergleich zur Privatwirtschaft führt dazu, dass die meisten Kommunen Probleme bei der Neubesetzung offener Stellen haben. Auch in Darmstadt bleiben viele Stellen unbesetzt. Dies führt zu einer ständigen Belastung der Beschäftigten in der unterbesetzten Verwaltung. Diese Situation zeigt deutlich, wie wichtig eine bessere Entlohnung im öffentlichen Dienst ist – nicht nur, weil die Beschäftigten für ihre Arbeit ein auskömmliches Einkommen verdienen, sondern auch, um die Qualität der Dienstleistungen für die Bürger*innen zu erhalten und zu verbessern. Die Stadt Darmstadt muss sich in Tarifverhandlungen beim Verband der kommunalen Arbeitgeber für Lohnsteigerungen für die öffentlich Beschäftigten einsetzen, die deren Lebensstandard sichern.

Im Rahmen des Tarifvertrags haben Kommunen einen Spielraum bei den Eingruppierungen. Beim EAD und bei der Stadt werden Reinigungskräfte nach Entgeltgruppe 1 bezahlt und erhalten einen Stundenlohn auf Mindestlohnniveau. Diese Beschäftigten – überwiegend Frauen – müssen beim Jobcenter „Aufstocken" und werden später eine Rente erhalten, die zum Leben nicht reicht. Der Landkreis Darmstadt-Dieburg bezahlt dieselben Tätigkeiten jedoch nach der höheren Entgeltgruppe 2. Darmstadt muss diesem Beispiel folgen. Gleichzeitig fordert Die Linke auf Bundesebene einen Mindestlohn von 15 € für alle Lohnabhängigen.

Die Stadtverordnetenversammlung hat beschlossen, zum Einsparen von Mietkosten das hybride Arbeiten voranzutreiben. Es soll in allen für das „Flex-Office"-Konzept geeigneten Bereichen keine individuellen Arbeitsplätze mehr geben, sondern ca. ein Drittel weniger Schreibtische als nötig, die wechselnd genutzt werden. Dadurch können die Beschäftigten den Umfang und die zeitliche Gestaltung ihrer Arbeit im Homeoffice nicht mehr selbst bestimmen.Durch geringere Kontaktdichte der Kolleg*innen verändern sich die Arbeitsbezie-

hungen. Die Linke fordert, dass vor der Einführung ein fundiertes Meinungsbild der Beschäftigten in den betroffenen Arbeitsbereichen eingeholt und die Personalvertretung frühzeitig einbezogen wird. Für die Arbeit zu Hause muss die Stadt einen Arbeitsplatz zur Verfügung stellen, der den Arbeitsschutz-Regeln für Telearbeit genügt.

Wenn die Stadt Darmstadt oder stadteigene Betriebe Ausschreibungen vornehmen, müssen diese so formuliert sein, dass für die sich bewerbenden Firmen die Einhaltung von sozialen Mindeststandards, insbesondere die tarifliche Bezahlung, zwingend vorgeschrieben ist. Die Einhaltung dieser Vergaberegeln werden wir im Kontakt mit der zuständigen Gewerkschaft beobachten.

Die Linke fordert:

- Tarifvertraglich abgesicherte und existenzsichernde Arbeitsplätze bei der Stadt, in den Eigenbetrieben und im Stadtkonzern – gegen sachgrundlose Befristungen und Leiharbeit.
- Einsatz der Stadt für gute Tarifabschlüsse bei bundesweiten Tarifverhandlungen.
- Abschaffung der untersten Entgeltgruppe 1 im Lohngefüge der Stadt und der Eigenbetriebe, insbesondere für die Reinigungskräfte.
- Einführung von Flex-Office in enger Abstimmung mit den Beschäftigten und mit Bereitstellung eines adäquaten Telearbeitsplatzes.
- Einhaltung sozial-ökologischer Standards bei der Vergabe von Aufträgen der Stadt.

Kapitel III – Wohnungs- und Bodenpolitik

Wohnen – ein Grundrecht und keine Ware

Sozialen Wohnungsbau fördern

In Darmstadt gab es Mitte der 1980er Jahre mehr als 15.000 Sozialwohnungen., Mittlerweile sind es gerade mal 5.500, obwohl der Bedarf steigt. Der Anteil an Sozialwohnungen in Darmstadt beträgt damit heute knapp sieben Prozent. 1987 war fast jede vierte Wohnung gefördert, man kann es sich kaum noch vorstellen. Gleichzeitig müssen immer mehr Menschen mit unzureichenden Niedriglöhnen auskommen, auch die Renten halten mit dem Preisanstieg nicht Schritt. Die Einwohner*innenzahl Darmstadts ist stark angestiegen. Unter anderem, weil viele Geflüchtete in Darmstadt Schutz gefunden haben, von denen viele aber zunächst noch kein ausreichendes Einkommen erzielen können. Dementsprechend hat sich die Warteliste beim Wohnungsamt von 1.900 im Jahr 2009 auf heute 3.000 Haushalte verlängert, die auf eine Sozialwohnung warten. Von diesen können jährlich nur noch etwa 18% vermittelt werden. In besseren Zeiten lag die Vermittlungsquote zwischen 30% und 40%. Dies ist das Ergebnis einer unsozialen, marktorientierten Wohnungspolitik, gegen die Die Linke ankämpft.

Grundsätzlich gilt für uns: Individuelle Förderung bedürftiger Menschen durch Wohngeld oder „Kosten der Unterkunft“ (KdU) ist zwar notwendig, hilft aber nicht gegen die Mietenex-

plosion. Es braucht eine massive Stärkung des sozialen Wohnungsbaus. Dies würde die Mieten im Bereich von Wohnungen einfacher bis mittlerer Qualität dämpfen. Wohngeld oder KdU ermöglichen es hingegen den Vermieter*innen, die Miethöhe bis zur Obergrenze dieser Transferleistungen anzuheben. Damit steigt auch das Mietniveau für diejenigen, die diese Leistungen nicht erhalten. Der öffentliche Wohnungsbau hingegen begrenzt die Profite der Immobilienbesitzer*innen, weil er eine kostengünstigere Alternative bietet.

Diese Wohnungsmisere lässt sich nicht allein in Darmstadt lösen. Wir brauchen einen Neustart des sozialen Wohnungsbaus auf Bundesebene und ehrgeizige Förderprogramme durch das Land Hessen. Wir wollen, dass auf Landesebene ein dritter Förderweg für höhere Einkommen (bis zu 70% über der Einkommensgrenze für Sozialwohnungen) eingeführt wird, in dem die Miete auf 9,50 € bis 10,50 € Miete pro Quadratmeter begrenzt wird. Davon würden auch Beschäftigte mit mittleren Einkommen, wie z. B. Krankenpfleger*innen, profitieren. Das wäre dringend nötig, denn auch diese können sich die Mieten in den hessischen Großstädten kaum noch leisten, insbesondere in neu gebauten oder frisch renovierten Wohnungen. Die Stadt Darmstadt muss sich deshalb gegenüber Land und Bund für eine Ausweitung der Wohnraumförderung einsetzen.

Aber die Kommunalpolitik kann auch direkt für mehr bezahlbaren Wohnraum sorgen. Die grün-schwarze Koalition hat 2013 mit der Bauverein AG den Bau von jährlich 100 Sozialwohnungen in Darmstadt vereinbart. Das war viel zu wenig, denn damit konnte die Zahl der Sozialwohnungen wegen auslaufender Bindungen nur konstant gehalten werden. Wir fordern, dass künftig mindestens 300 Sozialbindungen jährlich neu geschaffen werden, damit der Anteil des geförderten Wohnraums endlich deutlich wächst und nicht weiter auf niedrigem Niveau stehen bleibt. Dazu muss die Bauverein AG auf einen höheren Anteil an gefördertem Wohnraum verpflichtet werden (siehe unten).

Wenn die Stadt Belegungsrechte für bereits bestehende Wohnungen kauft, muss sie darauf achten, dass nicht bereits relativ günstige Wohnungen dem freien Mietmarkt entzogen werden.

Die Stadt Darmstadt verpflichtet alle Bauherr*innen auf eine Quote von 45% geförderten Wohnungen, soweit dies rechtlich möglich ist. Diese Regelung wurde erst 2017 eingeführt, viel später als in anderen Städten und vier Jahre, nachdem unsere Fraktion dies beantragt hatte. Bei diesen Vereinbarungen ist darauf zu achten, dass die Quote jeweils pro Objekt gilt und nicht in unterschiedlichen Liegenschaften realisiert werden kann, ganz nach dem Motto: an der Hauptstraße die Sozialwohnungen, nach hinten zum Wald die frei finanzierten. Im Ludwigshöhviertel wurden die geförderten und frei finanzierten Wohnungen leider kaum durchmischt. Die Linke will soziale Mischung innerhalb der Wohngebäude. Darüber hinaus muss die Sozialbindung auf mindestens 50 Jahre erhöht werden.Sozialer Wohnungsbau darf keine kurzzeitige soziale Zwischennutzung sein. Auch mit einer längeren Bindungsdauer bleiben geförderte Wohnungen ein wirtschaftliches und vor allem sicheres Anlageobjekt.

Wir schlagen vor, dass die Stadt Darmstadt den Bau eines Azubi-Wohnheims initiiert, das sie zusammen mit anderen großen Arbeitgeber*innen betreibt. Außerdem werden wir anregen,

dass die Stadt und auch Unternehmen des Stadtkonzerns Mitarbeiter*innen-Wohnungen bereitstellen, zum Beispiel für Beschäftigte in der Krankenpflege oder für Erzieher*innen.

Auch in Darmstadt gibt es einen erheblichen Wohnungsleerstand. Dieser kann akzeptable Gründe haben, wie Sanierungsarbeiten oder ungeklärte Eigentumsverhältnisse. Gegen spekulativen Leerstand muss die Stadt mit dem hoffentlich bald im Landtag beschlossenen „Leerstandsgesetz" vorgehen. Doch es gibt auch nicht wenige Fälle, in denen private Eigentümer*innen das Risiko einer Vermietung scheuen. Diesen Eigentümer*innen sagen wir: „Vermietet doch an die Stadt!". Wir regen an, dass die Stadt nach dem Vorbild Viernheims solche leerstehenden Wohnungen anmietet und an Wohnungssuchende untervermietet. So können zusätzliche Wohnmöglichkeiten geschaffen werden, insbesondere für Menschen, die es auf dem normalen Wohnungsmarkt schwer haben. In Viernheim konnten so in neun Jahren mehr als einhundert Wohnungen angemietet werden, in denen 350 Menschen wohnen. In Darmstadt wären das hochgerechnet 500 Wohnungen für 1.700 Menschen!

Wir fordern die Einrichtung einer Stelle bei der Stadt, die Mietwucher und Mietpreisüberhöhung bekämpft. Sie berät Mieter*innen und unterstützt sie ggf. auch, indem sie Druck auf die Vermieter*innen ausübt. In Frankfurt wird eine solche Dienstleistung bereits angeboten. Das bestehende Angebot eines Mietspiegelrechners im „digitalen Rathaus" ist um ein Berechnungsprogramm für Mietwucher zu erweitern.

Die wohnungspolitischen Forderungen der Linken:

- Einführung eines Programms für mittlere Einkommen durch das Land Hessen als dritter Förderweg im Wohnungsbau.
- Schaffung von mindestens 300 neuen Sozialbindungen pro Jahr in Darmstadt durch Neubau und Kauf von Belegungsrechten.
- Bindungskauf zur Schaffung von sozial gebundenem Wohnraum schwerpunktmäßig in Wohngegenden, in denen geförderter Wohnungsbau unterrepräsentiert ist.
- Keine Zuschüsse für den sozialen Wohnungsbau aus Gewinnen der Bauverein AG. Die Gewinne sollen zur Finanzierung von Wohnungsneubau dienen oder sie entstehen gar nicht erst aufgrund der Senkung der Mieten und Verzicht auf hohe Modernisierungsumlagen.
- Sozialbindung von 30 auf 50 Jahre erhöhen.
- Betrieb eines Azubi-Wohnheims und Bereitstellung von Mitarbeiter*innen-Wohnungen.
- Unterstützung von gemeinschaftlich orientierten Wohnprojekten und Initiativgruppen durch eine Kontakt- und Beratungsstelle der Stadt.
- Bei der Entwicklung neuer Quartiere sollten 10–15% der Flächen für gemeinschaftliches Wohnen vorgehalten werden und auch in bestehenden Quartieren wie der Innenstadt sollen gemeinschaftliche Wohnformen Raum bekommen

Für eine am Gemeinwohl orientierte Bodenpolitik

Die soziale und ökologische Stadtentwicklung ist eine der wichtigsten Aufgaben der Kommune. Sie darf nicht dem Einfluss von privaten Investor*innen und Projektentwickler*innen überlassen werden. Wenn sich der Boden im Eigentum der öffentlichen Hand befindet, haben Politik und Stadtgesellschaft ganz anderen Einfluss auf eine gemeinwohlorientierte Flächennutzung. Die Stadt Darmstadt betreibt bisher jedoch keine aktive Bodenpolitik. Die im Haushalt bereitgestellten Mittel werden regelmäßig nicht ausgeschöpft. Damit verzichtet sie auf Gestaltungsmacht, die angesichts der sozialen und ökologischen Krise dringend benötigt wird.

Die Linke fordert für Darmstadt eine aktivere Bodenpolitik. Sie muss strategisch Boden für Wohn- und Gewerbenutzung erwerben. Die Vergabe städtischer Flächen soll dann durch Konzeptausschreibungen erfolgen, bei denen nicht das höchste Gebot, sondern die beste Erfüllung sozialpolitischer und ökologischer Kriterien den Ausschlag gibt. Dabei wird Genossenschaften, Wohngruppen, gemeinnützigen Einrichtungen und öffentlichen Wohnungsbauunternehmen absoluter Vorrang eingeräumt. Die Flächen sind grundsätzlich in Erbpacht zu vergeben, um die politische Steuerungsfähigkeit der Stadt langfristig zu erhalten und Spekulation zu unterbinden. Dies wird zum Beispiel in Ulm oder Münster sehr erfolgreich praktiziert. Außerdem soll die Stadt Darmstadt alternative Formen des gemeinschaftlichen Wohnens und Lebens fördern, etwa durch die Beratung der Initiativen und durch Flächenbevorratung zugunsten von Projekten des gemeinschaftlichen Wohnens. Wenn Baugrundstücke nicht bebaut werden, z. B. weil aus der Wertsteigerung aus Bodenspekulation mehr Gewinn erhofft wird als durch Bebauung und Vermietung, muss Enteignung als Option diskutiert werden.

Auch in Darmstadt werden einkommensschwächere Mieter*innen aus ihren Wohnungen und ihren Vierteln verdrängt. Solche Prozesse werden bei fortsetzendem Wachstum der Stadt noch zunehmen. Um dem entgegenzuwirken, können soziale Erhaltungssatzungen gemäß §172ff BauGB für stark betroffene Wohngebiete erlassen werden. Damit bekommt die Stadt beim Verkauf bestehender Wohnungen Vorkaufsrecht oder kann ersatzweise Vereinbarungen mit den Investor*innen bezüglich Miethöhe, Umwandlung in Eigentumswohnungen und maßvoller Sanierung treffen.

Die für den Wohnungsbau zur Verfügung stehenden Flächen sind knapp. Um den dringend benötigten Wohnraum und möglichst viele Sozialwohnungen schaffen zu können, ist dem Geschosswohnungsbau ein absoluter Vorrang einzuräumen. Der Neubau von Einfamilienhäusern muss die Ausnahme bleiben. Wir wenden uns entschieden gegen die Initiative des Oberbürgermeisters, der durchsetzen will, dass auf dem ehemaligen Klinikgelände in Eberstadt auch Einfamilienhäuser gebaut werden.

Die Vorschläge der Linken für eine gemeinwohlorientierte Bodenpolitik:

- Anerkennung des Grund und Bodens der Stadt Darmstadt oder der öffentlichen Unternehmen als unveräußerliche Werte.

- Aktive und langfristig angelegte Bodenpolitik durch Aufkaufen von Wohn- und Gewerbeflächen.
- Vergabe von städtischen Flächen nur noch in Erbpacht und kein Verkauf von Erbbau-Grundstücken.
- Schaffung von neuem Baurecht nur in Verbindung mit einem städtebaulichen Vertrag, der Wertzuwachs abschöpft, bezahlbaren Wohnraum und klimagerechte Bebauung sichert.
- Anwendung von Konzeptverfahren bei Verpachtung städtischen Baulands nach sozialen und ökologischen Kriterien mit Vorrang für öffentliches und genossenschaftliches Bauen.
- Stopp der Mieter*innenverdrängung durch den Erlass von sozialen Erhaltungssatzungen.
- Durchführung städtebaulicherEntwicklungsmaßnahmen nach dem Baugesetzbuch zur Unterbindung von Bodenspekulation.
- Im Sinne einer lebendigen Stadt muss auch kulturelle und soziale Infrastruktur in neuen Quartieren und Wohnanlagen durchgesetzt werden. Insbesondere werden nach der Schließung der „Alten Ziegelei“ neue Proberäume benötigt.
- Absoluter Vorrang für den Geschosswohnungsbau.
- Durchsetzung von Baugeboten nötigenfalls auch durch Enteignung.
- Erstellung eines Leerstandskatasters.

Die Bauverein AG in die Pflicht nehmen

Die Bauverein AG ist die mit Abstand größte Wohnungsbaugesellschaft in Darmstadt und befindet sich fast vollständig im Besitz der Stadt. Das Unternehmen hätte die Möglichkeit, die Mietpreisentwicklung zu dämpfen und den Mangel an bezahlbarem Wohnraum in Darmstadt zu lindern. Doch der ehemalige „Bauverein für Arbeiterwohnungen“ hat mit der Gründungsidee, für preiswerten Wohnraum zu sorgen, nicht mehr viel zu tun. Das Unternehmen hat sich weitgehend von der Gemeinnützigkeit verabschiedet und handelt stattdessen wie ein Privatunternehmen im Auftrag der Stadt. Um dies zu erleichtern, fordern wir auf Bundesebene die Wiedereinführung der Gemeinnützigkeit für Wohnungsunternehmen, die steuerliche Vorteile einräumt für Unternehmen, die sich auf einen dem Gemeinwohl dienenden Zweck (wie z. B. bezahlbare Mieten) verpflichten. Auf Bundesebene fordert Die Linke die Wiedereinführung der Gemeinnützigkeit für Wohnungsunternehmen. Solchen Wohnungsunternehmen, die sich einem dem Gemeinwohl dienenden Zweck verpflichten, z. B. bezahlbare Mieten, werden steuerliche Vorteile eingeräumt.

Die Linke hat nachgefragt: Mitte 2022 befanden sich 40% der Wohnungen des Bauvereins auf Mietspiegel-Niveau oder unwesentlich darunter. Ein Drittel ist sogar teurer als der Mietspiegel-Vergleichswert und nur ein Viertel liegt deutlich (mehr als fünf Prozent) unterhalb des Mietspiegels. Das reicht uns nicht.

Die Bürger*innen können erwarten, dass ein gemeinnütziges Unternehmen die Mieterhöhungen nicht bis zu den Obergrenzen des Mietspiegels ausreizt und ihn damit insgesamt nach oben treibt. Das gilt auch und gerade für Neubauten, wo Mieten bis zu 20€/m^2 aufgerufen werden. Die Bauverein AG könnte stattdessen die allgemeine Mietpreisexplosion durch

ein Mieten-Moratorium abbremsen. Und sie könnte nach dem Auslauf von Sozialbindungen die Miete in diesen Wohnungen nur langsam und nur im Zusammenhang mit Wohnwertverbesserungen anpassen.

Die Mieter*innen können erwarten, dass die Instandhaltung und die Mängelbeseitigung schnell und nachhaltig erfolgen. Sie können erwarten, dass Sanierungen so behutsam durchgeführt werden, dass die Wohnungen nicht unbezahlbar werden. Leider werden diese Erwartungen oftmals nicht erfüllt. Wir unterstützen Mieter*innen, die solche Probleme haben, individuell und gegebenenfalls auch durch eine politische Initiative.

Die Linke wird sich quer stellen, wenn die Bauverein AG Mietwohnungen privatisieren will, auch wenn es um sogenannte Mieterprivatisierung geht. Der Bestand an Mietwohnungen muss erhöht werden, denn immer mehr Menschen können sich Wohneigentum nicht leisten.

Die Bauverein AG soll künftig keine Gewinne mehr an die Stadt ausschütten und sie soll auch nicht mehr dazu herangezogen werden, die öffentlichen Zuschüsse für Sozialwohnungen selbst zu finanzieren oder Verluste in anderen Bereichen der Stadtwirtschaft auszugleichen. Es wäre im Gegenteil notwendig, den momentan erforderlichen enormen Investitionsbedarf für Neubauten in einer wachsenden Stadt und für die klimagerechte Sanierung des Bestands durch eine Kapitalerhöhung an der Bauverein AG zu finanzieren.

Anstatt Überschüsse zu erwirtschaften, soll der Anstieg der Bestandsmieten gedeckelt werden. Neu- und Wiedervermietungen sollen die vom Mietspiegel vorgegebene Obergrenze nicht übersteigen. Für Haushalte, die Anspruch auf eine Sozialwohnung hätten, sollen die Mieten gesenkt werden. Ziel muss sein, dass quer durch den Bestand der Mietspiegel unterschritten wird.

Neben der sozialen Aufgabe muss die Bauverein AG auch eine klimapolitische Vorbildrolle einnehmen und sich konsequent auf einen klimaneutralen und ressourcenschonenden Mietwohnungsbau konzentrieren. Es gilt, durch den Einsatz nachhaltiger Baustoffe, durch hohe Standards bei der Wärmedämmung, durch CO2-freie Wärmeerzeugung, durch den Einsatz von Photovoltaik, durch Gebäudebegrünung und durch Verwendung von Grauwasser die Emissionen zu minimieren und das Stadtklima zu verbessern.

Wir werden immer wieder Druck machen, dass die Bauverein AG auf eine soziale und ökologische Verantwortung verpflichtet wird.

Die Linke setzt sich ein für:

- Begrenzung der Modernisierungsumlage auf fünf Prozent statt der gesetzlichen acht Prozent der Modernisierungskosten sowie auf einen maximalen Anstieg der Kaltmiete von zehn Prozent bei Modernisierungen.
- Begrenzung aller normalen Mieterhöhungen auf maximal ein Prozent pro Jahr.
- Keine Überschreitung des Mietspiegels bei Wieder- und Neuvermietungen. Die Mieten sollen sich an den realen Kosten für den Bauverein und den Mieten im gleichen Gebäude orientieren.

- Verzicht auf die Abfrage des Einkommens und des Schufa-Status bei der Bewerbung um eine frei finanzierte Wohnung, um Chancengleichheit aller Einkommensgruppen herzustellen.
- Einrichtung einer neutralen Ombudsstelle, die beim städtischen Wohnungsamt angesiedelt ist und bei Problemen von Mieter*innen mit der Bauverein AG vermittelnd tätig wird.
- Zeitnahe Durchführung der Instandhaltung, orientiert an den drängenden Problemen der Mieter*innen.
- Keine Ausschüttungen der Gewinne der Bauverein AG an die Stadt und an den Stadtkonzern.
- Konzeption und Erprobung von preisgünstigen Baustandards (z. B. serielles Bauen).
- Verpflichtung der Bauverein AG, bei ihren Bauvorhaben den Anteil geförderter Wohnungen auf 70% zu erhöhen.
- Verpflichtung der Bauverein AG auf einen klimaneutralen und ressourcenschonenden Mietwohnungsbau.

Kapitel IV – Klimapolitik

Ökologische Stadtentwicklung für eine klimagerechte Zukunft

Für Klimaschutz und Klimagerechtigkeit

Die Tatsache des menschengemachten Klimawandels zeigt sich auch hierzulande in Form von Starkregen, Hitzewellen, Wasserknappheit, sinkenden Ernten, sterbenden Stadtbäumen und Wäldern. Auch in Darmstadt ist die Lebensqualität stark beeinträchtigt.

Der Hintergrund ist das kapitalistische Wirtschaften: Raubbau an Mensch und Natur sind die Grundlage, um die Rendite zu steigern. Die Linke betrachtet die Klimakrise zusammen mit den sozialen und politischen Krisen, die sich weltweit zuspitzen. Wir stellen die gemeinsame Quelle dieser Krisen in Frage, nämlich das Profit- und Konkurrenzsystem, das die Politik beherrscht. Wir kämpfen nicht nur für Klimaschutz in unserer Stadt, sondern auch für Klimagerechtigkeit zwischen den sozialen Klassen bei uns und zwischen den armen und reichen Ländern der Welt.

Die Linke will hier eingreifen und stadtpolitisch einen Wandel herbeiführen. Die Stadtverordnetenversammlung hat vor Jahren beschlossen, dem Klimawandel höchste Priorität einzuräumen. Alle neuen Vorhaben sind an diesem Ziel auszurichten, bereits getroffene Entscheidungen sind neu zu bewerten und ggf. zu revidieren. Wir setzen und dafür ein, das auch konsequent umzusetzen.

Das Klimaschutzkonzept der Stadt muss überarbeitet werden. Leider halten auch die Grünen lieber an falsch verstandener Sparpolitik fest, als sich für den Kampf gegen den Klimawandel

auf kommunaler Ebene einzusetzen. Wir brauchen eine wissenschaftlich fundierte und umfassende Klimapolitik.

Klimaschutz ist kein Selbstläufer. Er benötigt sowohl personelle Ressourcen als auch finanzielle Mittel. Hier sind der Bund und das Land Hessen gefordert, den Ernst der Lage zu erkennen und gleichfalls danach zu handeln. Den Kommunen müssen die notwendigen Mittel bereitgestellt werden. Die Schuldenbremse muss wenigstens für die Finanzierung von Maßnahmen gegen die Klimakrise ausgesetzt werden. Die Corona-Pandemie hat gezeigt, was auch kurzfristig möglich ist.

Die Linke unterstützt den Klimabeirat der Stadt Darmstadt. Er darf nicht als Alibi-Beteiligungsgremium enden: ihm ist ein Rede- und Antragsrecht in der Stadtverordnetenversammlung zu geben. Er ist in alle Themen einzubeziehen, die direkten oder indirekten Einfluss auf das Klima haben können und arbeitet nicht nur im Auftrag des Magistrats, sondern muss auch seine eigenen Themen setzen können. Um selbstständig tätig werden zu können, benötigt er ein eigenes Budget.

Wir wollen Klimagerechtigkeit statt nur „Klimaneutralität“ – denn Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit gehören zusammen. Das heißt insbesondere, dass die Kompensation unserer Emissionen nicht einfach durch Ausgleichsmaßnahmen in anderen Teilen der Welt erfolgen darf. Es heißt aber auch, dass z. B. die energetische Sanierung der Wohngebäude nicht auf Kosten der Mieter*innen geschieht.

Die Linke will:

- Die Stärkung des Klimabeirats durch weitreichende Partizipationsmöglichkeiten.
- Einen konkreten und bindenden Emissionsreduktionsplan, der die zu ergreifenden Maßnahmen benennt, die jährlichen Reduktionsziele definiert und das Verfahren zur Überprüfung der Zielerreichung festlegt.
- Die Einführung eines Bewertungsinstrumentes zur Beurteilung der Klimawirkung von städtischen Vorhaben, das auf einem umfassenden Verständnis von Klimagerechtigkeit basiert.
- Einbeziehung des Nachhaltigkeitskriteriums bei der Vergabe öffentlicher Aufträge.
- Angebot von Weiterbildungen für städtische Beschäftigte.
- Förderung von Bio-Essen bzw. regionalen und saisonalen Lebensmitteln in städtischen Kantinen.
- Vollwertige pflanzenbasierte Optionen in städtischen Kantinen, Mensen und in der Schul- und Kindergartenverpflegung.

Soziale und klimagerechte Wärme- und Energiewende

Auch die Bauverein AG und das Immobilienmanagement der Stadt (IDA) müssen neben ihrer sozialen Aufgabe eine klimapolitische Vorbildrolle übernehmen und sich konsequent auf einen klimaneutralen und ressourcenschonenden Mietwohnungsbau orientieren. Es gilt, durch den Einsatz nachhaltiger Baustoffe, durch hohe Standards bei der Wärmedämmung, durch CO_2-freie Wärmeerzeugung, durch den Einsatz von Photovoltaik, durch Gebäudebegrünung

und durch Verwendung von Grauwasser die Emissionen zu minimieren und das Stadtklima zu verbessern.

Im Rahmen der nachhaltigen Versorgung sollte die Stadt außerdem die Photovoltaik-Förderung fortsetzen und ausbauen. Sie sollte auch für Menschen mit geringem Einkommen realisiert werden, vor allem für Haushalte, die nicht an die Fernwärmenetze der Stadt angeschlossen sind. Hier bietet sich die Förderung genossenschaftlicher Energie an.

Fernwärme ist grundsätzlich eine sinnvolle Technik, um Gebäude zu heizen, solange die genutzte Quelle keine klimaschädlichen Emissionen erzeugt. Die Preisbildung ist jedoch auch in Darmstadt intransparent und bei der Entscheidung über einen Fernwärmeanschluss ist die Unsicherheit groß, am Ende teuer für die Wärmelieferung zahlen zu müssen. Deshalb wollen wir, dass die Fernwärme nach einer Gebührensatzung abgerechnet wird. Dadurch müssen die Entstehungskosten, ähnlich wie beim Abwasser oder der Müllabfuhr, transparent abgerechnet werden. Außerdem ergibt sich für die Haushalte, die vom Fernwärmenetz bedient werden, folgendes Problem: Die Energieversorgung durch das Müllheizkraftwerk wird wegen des steigenden CO_2-Preises nach und nach teurer. Auch wenn diese Teuerung aktuell noch über die Kund*innen der Abfallbeseitigung abgewickelt wird, kann sich das in Zukunft ändern, so dass höhere Kosten für die Mieter*innen entstünden, die nichts für den schlechten Sanierungszustand ihres Hauses können. Die Linke fordert in diesem Zusammenhang einen Ausgleich und mittelfristig die Umstellung des Fernwärmenetzes auf erneuerbare Energien wie Geothermie, Solarthermie oder Abwärme, deren Primärprozess kein weiteres CO_2 erzeugt.

Ebenso muss die Stadt den Ausstieg aus dem Erdgas vorantreiben, anstatt Greenwashing zu betreiben und es auch noch als vermeintliches „Ökogas“ mit unwirksamen Zertifikaten zu verkaufen. Ein Umstieg auf Wasserstoff ist keine Lösung, da er energieintensiv und zu wenig verfügbar ist, um in diesem Bereich sinnvoll eingesetzt zu werden. Nur so lässt sich soziale Gerechtigkeit mit dem Entgegenwirken gegen den Klimawandel vereinen. Zudem ist Müllvermeidung ebenfalls ein sinnvolles Ziel. Der Erfolg von Recycling und Wiederverwertung wird zu einer Reduzierung der Müllmenge führen, wodurch immer mehr Haushalte aus dem Netz fallen. Daher braucht es entweder neue Wärmequellen für das Netz oder Alternativen für die einzelen Haushalte.

Unabhängig davon sollte der Modernisierungskonvoi der Stadt verstärkt werden. Die Stadt sollte außerdem Maßnahmen, die jedem und jeder (Eigentümer*in?) Sanierungen ermöglichen, unterstützen. Je besser die energetische Sanierung ist, desto weniger Energie wird insgesamt benötigt, unabhängig von der genutzten Energiequelle.

Die Linke fordert:

- Verpflichtung von Bauverein AG und IDA zu einem klimaneutralen und ressourcenschonenden Mietwohnungsbau.
- Förderung genossenschaftlicher Energie insbesondere für Haushalte, die nicht an das Fernwärmenetz angeschlossen sind.
- Bevorzugung lokaler und regionaler Energiegenossenschaften bei der Erschließung regenerativer Energiequellen im Stadtgebiet.

- Förderung von Photovoltaik-Anlagen an Wohnhäusern zur direkten, kostengünstigen Versorgung der Bewohner*innen.
- Finanzieller Ausgleich für Mieter*innen für den steigenden CO_2-Preis.
- Erschließung neuer regenerativer Wärmequellen oder Alternativen für Einzelhaushalte.
- Finanzielle Unterstützung von Haushalten zur Gebäudesanierung durch die Stadt.
- Die Einrichtung einer kommunalen Beratungsstelle für die Wärmewende.
- Eine klare, gut kommunizierte, sozial verträgliche Strategie zum schrittweisen Gasausstieg bis 2035, bei der soziale Härten ausgeglichen werden.
- Ausbau der Photovoltaikförderung auch für Menschen ohne Geld.

Klimaanpassung, Grünflächen und biologische Vielfalt

Grünflächen, Naherholungsgebiete und öffentliche Gärten dienen den Menschen als Rückzugsorte, kühlen die Stadt in den immer heißer werdenden Sommern und erhöhen im Idealfall auch die Artenvielfalt in der Stadt. Momentan werden Flächen jedoch oft grundlos versiegelt und die urbane Lebensqualität verringert. Beispiele für diese innerstädtischen Betonwüsten, die sich im Sommer aufheizen und so die lokalen Auswirkungen der Klimaerwärmung verstärken, sind der Friedensplatz oder Schulhöfe von Bildungseinrichtungen wie der Heinrich-Hoffmann- und der Luise-Büchner-Schule. Vor diesem Hintergrund lehnen wir auch den Bau hochpreisiger Eigentumswohnungen im Bürgerpark ab, die dazu führen, dass weitere Grünflächen versiegelt werden.

Außerdem fordert Die Linke die Erstellung und Einhaltung von Hitzeschutzplänen, insbesondere für öffentliche Einrichtungen. Dabei müssen auch die relevanten Zivilgesellschaftlichen Akteure eingebunden werden. Notwendige Klimaanpassungen sollte nicht nur für städtische Bauten, sondern auch für die Wohngenossenschaften gelten. Außerdem braucht es Hitzeschutzräume und Wasserspender in der ganzen Stadt, damit sich auch Menschen mit niedrigem Einkommen schützen können.

Da die Klimaerwärmung nur noch zu begrenzen und nicht mehr aufzuhalten ist, muss sich Darmstadt aktiv auf die heißeren Sommer vorbereiten. Frischluftschneisen sind unbedingt zu erhalten, um den Luftaustausch zwischen der Stadt und dem kühleren Umland sicherzustellen. Schon jetzt sind viele Parks und Bäume in einem schlechten Zustand. Die Pflege der städtischen Grünflächen muss insbesondere in den Sommermonaten viel intensiver erfolgen. Wir müssen heute Bäume pflanzen, die uns morgen Schatten spenden können. Alleen können die verschiedenen Grünflächen verbinden und so ein grünes Netz schaffen. Wir haben viele große Plätze wie den Luisenplatz, den Karolinenplatz, den Quartiersplatz in der Lincolnsiedlung oder das Carree mit wenig Grün. Das müssen wir ändern: Wo möglich, sind öffentliche Plätze zu entsiegeln und zu begrünen. Auch Sonnensegel können dazu beitragen, den Aufenthalt auf Plätzen bei Hitze angenehmer zu gestalten. Für die Schulen fordern wir eine Hitzeschutzoffensive.

Die Begrünung von Fassaden und Dächern sieht nicht nur schön aus, sondern ist auch nützlich: Eine begrünte Fassade wirkt als Wärmepuffer, schützt die Hauswand vor Wind und Wetter und verbessert die Luftqualität. Für Neubauten sind Vorgaben zur guten Begrünung zu

machen. Gleichzeitig muss die Stadt mit gutem Beispiel vorangehen: Ein hängender Fassadengarten über der Ausfahrrampe in der Hügelstraße und dem angrenzenden Parkhaus würde die hohe Feinstaubbelastung in diesem Bereich verringern. Durch die Begrünung der obersten Etage der meist nicht ausgelasteten Parkhäuser in der Stadt können Aufenthaltsräume ohne Konsumzwang, aber dafür mit ökologischem Nutzen, geschaffen werden. Schulhöfe bieten sich an, um durch eine Begrünung nicht nur die Pausen erholsamer zu gestalten, sondern auch um Orte ökologischer Vielfalt zu schaffen. Schattige Flächen sind als CO_2-Senken zu bemoosen. Es ist zu prüfen, welche städtischen Grünflächen als Blühwiesen renaturierbar sind. Die in Darmstadt verbreiteten „Points of Insects“ sollten zu einem „Net of Insects“ ausgebaut werden, in dem sich die Insekten durch die gesamte Stadt frei bewegen können. Die Menschheit hat den Artenreichtum drastisch reduziert. Das bekommen wir auch in Darmstadt zu spüren. Wir setzen uns daher für die Sicherung der biologischen Vielfalt auch hier vor Ort ein.

Auch Schulgärten können, neben ihrem pädagogischen und sozialen Nutzen, zum Erhalt der Artenvielfalt beitragen (siehe Kapitel Bildung). Die Linke unterstützt Initiativen, welche ökologische und soziale Aspekte verbinden. Beispiele sind das durch den BUND konzipierte "Zentrum für Stadtnatur", das auf dem Gelände der ehemaligen Stadtgärtnerei in der Orangerie entstanden ist, die Arbeit der Initiative „Essbares Darmstadt“ und der Osthang als Schnittpunkt zwischen Kultur und Natur (siehe Kapitel Kultur). Bei allen Parks und Grünflächen ist der öffentliche Zugang für alle Menschen zu gewährleisten. Mit der Bauverein AG hat die Stadt Darmstadt einen weiteren Hebel, die Biodiversität zu fördern. Sie besitzt 33 Hektar (33.000 Quadratmeter) Freifläche, welche überwiegend als Rasen genutzt wird, 11.000 Bäume und mehr als 11 km Hecken. Das städtische Unternehmen ist über die bisherige Freiwilligkeit hinaus zu verpflichten, die genannten Flächen zur Sicherung der Biodiversität zu nutzen.

Wir wollen:

- Eine breit anwendbare und gut kommunizierte Begrünungssatzung statt kleiner, individueller Fördermaßnahmen.
- Erhalt von Grünflächen und Naherholungsgebieten, auch in Zusammenarbeit mit dem Landkreis Darmstadt-Dieburg.
- Bessere Pflege des Darmstädter Baumbestandes, insbesondere in den heißen Sommermonaten.
- Förderung von Containerzisternen zur Regenwassersammlung für Straßenbaumbewässerung.
- Mehr Personal für das Grünflächenamt.
- Hitzeschutzoffensive an den Schulen.
- Fassadenbegrünungen anlegen, Entsiegelung von Flächen, Durchsetzung des Verbots von Schottergärten und Erhalt von Frischluftschneisen, um das Aufheizen des Stadtgebietes in den Sommermonaten zu begrenzen.

- Verpflichtung der gesamten Stadtwirtschaft und insbesondere der Bauverein AG zur Anlage von Blühwiesen, Insektenhotels und anderer Maßnahmen zum Erhalt der Biodiversität.
- Förderung sozial-ökologischer Initiativen.
- Neubauten und Umgestaltungen von Plätzen sollten an künftig immer häufiger zu erwartende hohe Temperaturen angepasst werden.

Wald und Wasser

Die Wälder und Gewässer in und um Darmstadt haben neben ihren ökologischen Zwecken vor allem den Nutzen, dass sie allen Menschen zur Erholung dienen und das Stadtbild verschönern.

Der Ostwald ist ein geschätztes Wanderziel für Spaziergänge, Freizeit und Sport. So sollte es auch im Westwald sein, aber durch die geringen Niederschläge der letzten Jahrzehnte sind weite Teile des Westwaldes schwer beschädigt. In Zeiten des Klimawandels muss das erste Ziel der Waldwirtschaft die Erhaltung des Waldes und seiner Funktionen sein. Holzertrag, der ohnehin finanziell nur marginal zum städtischen Haushalt beiträgt, hat demgegenüber hintenan zu stehen. In der momentanen Lage ist es notwendig, dass das Moratorium für das Fällen gesunder Bäume erhalten bleibt. Bodenverdichtung durch schwere Maschinen (Harvester) ist auszuschließen. Stattdessen sind bei notwendigen Fällungen andere Methoden anzuwenden, auch wenn diese weniger produktiv sind. Dies muss in der „Forsteinrichtung“, dem 10-Jahresplan mit Hessen-Forst, neu festgelegt werden.

Wir wollen die hohe Mortalitätsrate der Bäume von 3,4 Prozent drastisch verringern. Für eine Erholung der Darmstädter Wälder ist ein stabiles Innenklima wichtig. Dazu sind natürliche Waldsäume und ein möglichst vollständiger Kronenschluss nötig. Außerdem zeigt das Fortbestehen von abgestorbenen Bäumen und Totholz positive Effekte.

Darmstadt steht auch seiner eigenen Wasserversorgung im Weg. Die von den Gebäuden, Straßen oder Parkplätzen versiegelten Flächen messen 11 km². Durch den jährlichen Niederschlag auf diese Flächen könnte der Wasserverbrauch der Stadt gedeckt werden. Dieses Wasser könnte zur Bewässerung des Platanenhains, des Herrngartens, weiterer Parks und des Westwalds genutzt werden. Straßenbäume könnten von den Dächern der Anlieger*innen Wasser erhalten. Dafür werden Zisternen, Versickerungen und Brauchwasserleitungen benötigt. Die Wasserbecken unter der Mathildenhöhe können reaktiviert werden. Stattdessen werden heute Abwasserkanäle verstärkt, um ja nur das Regenwasser schnell aus der Stadt zu schaffen. Das Konzept „Schwammstadt“ muss stärker umgesetzt werden, um das Regenwasser nützlich einsetzen zu können.

Darmstadt hat mit dem Woog, dem Arheilger Mühlchen und der Grube Prinz von Hessen drei gut besuchte Naturbäder. Diese müssen erhalten und gepflegt werden, damit sie in heißen Sommern nicht umkippen und durch Blaualgen unbenutzbar werden. Der Woog soll als städtischer See erlebbar sein und daher, außer im Bereich der Liegewiese, bis ans Ufer begehbar werden. Für die Grube Prinz von Hessen ist die Wasserentnahme durch einen Steinhersteller zu stoppen.

Der Darmbach und sein Gewässersystem sind ebenso wichtig für Darmstadt. Deshalb sind wir für die Renaturierung des Darmbachs in der Innenstadt sowie den Wiederanschluss des Meiereibachs an das System Woog/Darmbach.

Die Linke fordert:

- Erhalt der Waldflächen um Darmstadt herum, keine Ausdehnung der Siedlungsgebiete in den Wald.
- die Anerkennung des Westwaldes als Bannwald ohne weitere Flächenreduktion, nötigenfalls Wiederaufforstung mit Arten, die mit den künftig zu erwartenden Bedingungen besser zurechtkommen.
- Moratorium für den Holzeinschlag im West- und Ostwald.
- Alternativen zu schweren Maschinen bei notwendigen Fällungen.
- Mitfinanzierung von Neusaaten und Pflanzung durch die Hessenwasser GmbH & Co. KG als ein wesentlicher Verursacher der Absenkung des Grundwasserspiegels und dem damit einhergehenden Pflanzensterben.
- die Reaktivierung städtischer Brunnen.
- den Aufbau von Infrastruktur zum Auffangen von Niederschlägen für deren Nutzung zur Bewässerung.

Kapitel V – Stadtplanung

Fundierte Planung für eine nachhaltige Stadt

Wir wollen eine Stadt für alle und denken dabei Stadtplanung, Klimagerechtigkeit und Mobilität zusammen. Wir sehen die Stadt nicht aus der Perspektive des Merck-Vorstandes mit klimatisierter Villa im Garten und großem Auto, sondern aus Sicht der vielen Menschen, die unter hohen Mieten und steigenden Temperaturen stöhnen und die den Bus brauchen, um zur Arbeit zu kommen.

Stadtplanung für uns alle heißt die Stadt so zu bauen und zu planen, dass sie ein guter Ort zum Leben ist – auch für Menschen mit geringem Einkommen. Klimaschutz, Mobilität und Schutz vor Hitze greifen immer wieder ineinander: ÖPNV und Fahrräder senken den CO_2-Ausstoß und lassen Raum für mehr Bäume, die unsere Stadt abkühlen. Eine sozial gerechte Bauplanung sorgt dafür, dass Menschen mit wenig Geld nicht an den Stadtrand verdrängt werden.

Darmstadt sozial und ökologisch planen

Wohnungsmangel, Klimawandel und zunehmender Pendelverkehr stellen Darmstadt vor große Herausforderungen. Um eine lebenswerte Stadt auch nachhaltig für die Zukunft zu gestalten, müssen heute die Grundsteine dafür gelegt werden. Entscheidend ist hierbei, wofür die immer knapper werdenden Flächen in der Stadt genutzt werden.

Darmstadt benötigt dringend erschwinglichen Wohnraum. Gleichzeitig würde eine weitere Bodenversieglung die Effekte des Klimawandels, insbesondere die Hitze der Sommermonate, verstärken. Zudem ist der Bau von Gebäuden selbst ein Treiber des Klimawandels. Die Linke tritt daher ein für die maßvolle Nachverdichtung bestehender Quartiere, also das Aufstocken von Gebäuden oder die Nutzung von Baulücken. Ein weiteres Außenwachstum der Stadt zu Lasten von Acker- oder Waldflächen ist für uns ein letztes Mittel. Frischluftschneisen sind zu erhalten (siehe Kapitel Klimaanpassung). Beim Bau neuer Wohnungen ist auf eine kompakte mehrgeschossige Bauart zu achten, denn die Wohnungskrise wird sich durch Einfamilienhaussiedlungen nicht lösen lassen. Stattdessen muss nach Möglichkeiten gesucht werden, Flächen zu entsiegeln. Hierfür bieten sich besonders im Zuge der Verkehrswende frei werdende Parkflächen an. Zudem ist auf eine angemessene Nutzungsdurchmischung der Quartiere zu achten.

All das wird jedoch nicht von selbst passieren, sondern erfordert konsequente und nachhaltige Planung von Seiten der Stadt: Hierfür braucht es unter anderem eine Erfassung von Baulücken in einem Baulückenkataster und Erstellung eines neuen Flächennutzungsplans, anstelle des vollkommen veralteten Plans von 2005. Für die Erstellung des neuen Flächennutzungsplans fordern wir eine echte Beteiligung der Einwohner*innen. Zudem braucht Darmstadt eine flächendeckende Bebauungsplanung. Nur so können soziale und ökologische Vorgaben gemacht werden. Auch die Bauleitplanung darf die Stadt nicht den Investor*innen überlassen, da sich diese nur am Profit orientieren.

Um einen sozial-ökologischen Umbau der Stadt zu gewährleisten, darf die Stadt Grund und Boden in ihrem Besitz nicht privatisieren. Gleichzeitig muss die Stadt von Vorkaufsrechten Gebrauch machen, um Grundstücke in die öffentliche Hand zu bringen. Baugrundstücke sollen, wenn möglich, dem Bauverein oder anderen gemeinwohlorientierten Bauherr*innen, wie Wohnungsgenossenschaften, verpachtet werden (siehe Kapitel Für eine am Gemeinwohl orientierte Bodenpolitik). So kann die Stadt der Bodenspekulation einen Riegel vorschieben und die Kosten für neuen Wohnraum reduzieren. Öffentliche Flächen können auch an Initiativen für nicht kommerzielle Kulturangebote verpachtet werden.

Aktuell pendeln mehr als doppelt so viele Menschen nach Darmstadt zum Arbeiten hinein wie aus Darmstadt heraus. Hieraus ergibt sich, dass der Mangel an Wohnraum ein akuteres Problem in Darmstadt ist als der Mangel an Arbeitsplätzen. Die Schaffung von Wohnraum priorisieren wir daher vor der Ausweisung neuer Gewerbeflächen. Bei neuen Gewerbeflächen ist darüber hinaus der Erhalt bereits ortsansässiger Unternehmen wichtiger als die Ansiedlung neuer Unternehmen. Auch ist zu prüfen, wo ungenutzte gewerbliche Flächen, z. B. leerstehende Büroräume, in Wohnraum umgewandelt werden können.

Darüber hinaus ist die wirtschaftliche Entwicklung im Darmstädter Umland teilweise schwächer als in der Stadt. Beispielsweise entfällt in Babenhausen mit der Schließung des Continental-Werks die größte Arbeitgeberin des Ortes, während der dortige Mietmarkt zumindest nicht so angespannt ist wie in Darmstadt. Eine Ansiedlung neuer Betriebe könnte in solchen Kommunen mehr zur Lebensqualität der Menschen beitragen. Der bestehende Pendelverkehr zwischen Stadt und Landkreis sollte, soweit möglich, auf den ÖPNV verlegt werden (siehe Kapitel Ein dichtes Netz und ein guter Takt). In Stadt und Land sollte neuer Wohnraum

in Koordination mit guter ÖPNV-Anbindung entstehen, um diese Entwicklung zu unterstützen. Dazu ist eine deutlich stärkere Zusammenarbeit zwischen der Stadt Darmstadt und den südhessischen Landkreisen notwendig.

Wir wollen:

- Eine an den Bedürfnissen der Menschen und der Realität der Klimakrise in Südhessen ausgerichtete Flächenvergabe.
- Gebäude und Bauflächen im öffentlichen Besitz halten und bringen.
- Erfassung von Baulücken, Schaffen von Wohnraum durch Nachverdichtung und priorisierte Nutzung der Baulücken für Wohnraum.
- Erhalt von Frischluftschneisen, Außenerweiterung der Stadt nur als letzte Option.
- Grundsätzliche Überarbeitung des Flächennutzungsplans und flächendeckende Bebauungsplanung mit sozialen und ökologischen Standards.
- Engere Zusammenarbeit mit den benachbarten Landkreisen für eine nachhaltige Entwicklung Südhessens.

Die Stadt der kurzen Wege

Am besten ist der Verkehr, der gar nicht erst entsteht. Wenn Verkehr nicht entsteht, kann er auch keine Kosten verursachen, den Klimawandel vorantreiben oder unsere Zeit kosten. Um das Verkehrsaufkommen möglichst gering zu halten, bedarf es planerischer Mittel. Quartiere, Städte und eigentlich ganze Regionen müssen so geplant werden, dass nicht nur Kindergärten und Schulen in jedem Quartier in maximal 15 Minuten zu Fuß erreichbar sind sondern auch die eigene Arbeitsstätte, Läden des täglichen Bedarfs, Bäckereien, Cafés, Allgemeinärzt*innen, häufiger benötigte Fachärzt*innen, wie Zahnärzt*innen, Bank- und Postfilialen, Familienbüros, dezentrale Bürger*innenbüros, Freizeitangebote und Orte zur Naherholung sowie eine gute Anbindung an den ÖPNV, um die etwas seltener benötigten Geschäfte zu erreichen. Somit soll schrittweise der planerische Fokus von der Innenstadt auf die Außenbereiche ausgeweitet werden.

Um dies zu bewerkstelligen, braucht es zunächst eine detaillierte Erfassung der Versorgungslage für die verschiedenen zu erfüllenden Bedürfnisse. Bei dieser Erfassung muss auch die individuelle Entfernung zu den Dienstleistungen mit einbezogen werden, wie es etwa beim Einzugsbereich von Haltestellen durch die Ziehung von 300- bzw. 500-Meter-Kreisen um die Haltestelle in der Verkehrsplanung heute schon gemacht wird. Ein weiteres Beispiel ist das städtische Einzelhandelskonzept. Diese Versorgungsdaten sollen über den Stadtatlas veröffentlicht werden, um Unterversorgung besser zu erkennen und gezielt dagegen vorzugehen.

Zu einer Stadt der kurzen Wege gehören moderate Wohnraumverdichtung, Nutzungsmischung sowie die attraktive Gestaltung des öffentlichen Raumes und damit entsprechende Vorgaben in der Bauleitplanung und im Flächennutzungsplan. Es braucht Anreize entsprechend kompakte Quartiere zu bauen, denn ohne Steuerung der Entwicklung löst sich die Raumstruktur in Richtung lange Wege und Zersiedelung auf.

Gelingt die Einführung einer Stadt der kurzen Wege, dann wird nicht nur das Gesamtverkehrsaufkommen und insbesondere der motorisierte Individualverkehr verringert, sondern die kompakte Gestaltung des Quartiers trägt auch zum Erhalt bzw. der Entsiegelung von Grünflächen bei. Weniger zurückzulegende Wege führen zu weniger Verkehrsstaus, Stress und Luftverschmutzung.

Deshalb fordern wir:

- Städtische Infrastruktur, kommunale Einrichtungen, medizinische Versorgung, Arbeitsplätze, Freizeitangebote und Nahversorgung möglichst so anzulegen, dass eine Bedarfsdeckung für jeden Lebensbereich von jeder Wohnung aus innerhalb von 15 Minuten erreichbar ist.
- Detaillierte Erfassung der Versorgungslage für jedes Quartier in Darmstadt.
- Erstellung eines Umsetzungsplanes für Darmstadt, inklusive gezielter Förderung, die einer Unterversorgung entgegenwirkt.
- Häufigere Ausweisung als Mischgebiet bzw. Umwidmung von reinen Wohn- oder reinen Industriegebieten zu Mischgebieten, um kompakte Quartiere zu ermöglichen.

Kapitel VI - Mobilität

Stadt für alle, statt nur für Autos

Ansätze für ein ökologisches Verkehrskonzept

Die Linke sieht Mobilität als Grundbedürfnis aller Bürger*innen. Während wir und andere Fraktionen in der Vergangenheit kleinere Fortschritte erkämpfen konnten, ist die Planung immer noch zu einseitig auf Kraftfahrzeuge ausgelegt. Das macht die Einhaltung von Klimazielen unmöglich und nimmt uns Menschen in Darmstadt jeden Tag Lebensqualität. Es bedeutet Abgase, Lärm, Gefahr für Jung und Alt sowie einen extremen Platzanspruch.

Wir brauchen ein neues, ökologisches Verkehrskonzept für alle in und um Darmstadt, das die Entwicklung des Umweltverbundes (öffentlicher Verkehr, Fußgänger*innen und Fahrräder) in den Vordergrund stellt. Die Linke fordert zusätzlich zur vorgeschriebenen Kosten-Nutzen-Untersuchung (KNU) eine Projektbewertung, die Klimaanpassung und Barrierefreiheit in den Vordergrund stellt.

Wir haben eine Roadmap für eine verkehrsgerechte Stadt. Darmstadt soll in breiter Bündnisarbeit und mit guter Kommunikation arbeiten. Wir wollen Pläne in Zusammenarbeit mit Vereinen, Bürger*inneninitiativen und themenverwandten Parteien bewerten und fordern eine iterative Einbeziehung von Betroffenen. Das gilt besonders, wenn diese im Nachteil gegenüber anderen Verkehrsteilnehmenden stehen. Als Vorbild gilt hier der „Runde Tisch Nahmobilität“, der bereits jetzt Vereinen und Bürger*innen eine Stimme gibt. Wahre Unabhängigkeit vom eigenen PKW erfordert die Integration von regionalen, städtischen und lokalen Angeboten. Wir werden weiter aktiv mit unseren Partner*innen in der Stadt und im Landkreis auf eine Verbesserung und Vergünstigung der ÖPNV- und Sharing-Angebote hinarbeiten. Wir setzen

uns für eine bessere Planung und Durchführung von Maßnahmen ein, in der Pläne in schnellen Testphasen öffentlich erprobt und dann zügig durchgesetzt werden. Dabei müssen Projekte nicht nur ein echtes Gegenangebot zum übermäßigen Kraftverkehr abgeben, sondern auch unsere Ziele verbesserte Sicherheit und Barrierefreiheit beinhalten (siehe Kapitel Inklusion leben – Barrieren abbauen).

Mobilität im Großen und im Kleinen

Der öffentliche Verkehr muss als Ganzes betrachtet und Projekte nicht nur nach allgemeiner Verfügbarkeit, sondern auch nach Verbindung zwischen regionalen und lokalen Angeboten bewertet werden. Das beinhaltet eine sinnvolle Verkehrsplanung: der Nahverkehrsplan (NVP) soll nicht nur flächendeckend, sondern auch mit sinnvollen Umsteigezeiten gestaltet werden. Die Planung des städtischen ÖPNVs muss mit Expert*innen auf ein bedürfnisorientiertes Fundament gestellt und der Planungsprozess muss stärker öffentlich kommuniziert werden. Die Teilnahme der betroffenen Bürger*innen soll nicht weiter absichtlich erschwert werden (siehe Kapitel Demokratie in Darmstadt beleben – für Frieden und Freiheit).

Bahnhöfe und Endhaltestellen sind als Knotenpunkte und Mobilitätsstationen zu verstehen, die den Wechsel des Verkehrsmittels ermöglichen. Das bedeutet nicht nur eine gute Fahrradanbindung, sondern auch ein Angebot von Leihfahrzeugen an Haltestellen und mehr Park+Ride am Stadtrand. Innerhalb der Quartiere soll ein breites Angebot von gemeinschaftlich genutzten oder günstig anmietbarer „Micro-Mobility" unterstützt werden. Das heißt im Besonderen Fahrräder für kurze Strecken und Cargo-Bikes, die das Auto bei Besorgungen ersetzen können. Wir stimmen für die Förderung von „Heinerbikes" und ähnlichen öffentlichen Projekten auf breiter Fläche, statt nur als „Probeangebot" mit geringer Verfügbarkeit. Am Rand der Quartiere soll ein größeres Carsharing-Angebot aufgebaut werden, das eine ernsthafte Alternative zum eigenen Pkw darstellt. Wir befürworten die beschlossenen Maßnahmen zur Vergabe von Flächen an Anbieter in Losen, sodass auch weniger attraktive Standorte Stationen bekommen. Weitere Verbesserungen in Carsharing-Wüsten, wie dem östlichen Martinsviertel, Arheilgen und der Heimstättensiedlung, sind nötig. All diese Angebote sollen stationsgebunden eingerichtet werden. Die „Alternative" zeigt sich im kurzlebigen E-Scooter-Chaos.

Die Linke hat das Ziel einer Verkehrsplanung, die nahtlos mit dem „Stadt kurzer Wege"-Konzept (siehe Kapitel Die Stadt der kurzen Wege) interagiert. Die nahe Verfügbarkeit von öffentlichen Einrichtungen, Geschäften und Freizeitangeboten soll das Verkehrsaufkommen im Ganzen und die Autoabhängigkeit im Besonderen reduzieren. Dadurch wird der persönliche PKW im Stadtkern stückweise obsolet gemacht und durch gute Alternativangebote in der Stadt und Anbindung ins Umland ersetzt. Der ÖPNV soll in diesem Konzept vor allem zur Bewältigung von Verbindungsstrecken dienen.

Verkehr verursacht immer auch Emissionen und Lärm. Egal, ob durch TINA-Straßenbahnen, Fluglärm oder Autos: Lärm stört und macht krank. Wir setzen uns deshalb für Verbesserungen bei den neuen lauten Straßenbahnen ein. Falls die Firma Stadler nicht in der Lage ist, die Probleme zu beheben, muss die Stadt nötigenfalls den Vertrag wegen ungenügender Leis-

tungen rückabwickeln. Zudem sprechen wir uns für ein Nachtflugverbot und, wo nötig, Geschwindigkeitsbegrenzung im Straßenverkehr aus.

Wir setzen uns für diese Ziele ein:

- Transparente Planungsprozesse mit demokratischer Beteiligung.
- Neue Bewertungskriterien für die Umsetzung von Mobilitätsprojekten, um eine ausreichende Qualität zu garantieren.
- Mobilitätsstationen an wichtigen Knotenpunkten, die den Wechsel von Bus und Bahn zu Shared-Mobility-Angeboten, wie Carsharing, ermöglichen.
- Verkehrsknotenpunkte in Stadtrandlage sollen verbessert und ins städtische Netzwerk integriert werden. Dies meint insbesondere den Nord- und Ostbahnhof sowie das Böllenfalltor.
- Alle Quartiere und wichtigen Institutionen sollen zu Fuß und per Rad konfliktfrei und sicher erreichbar sein.
- Dabei muss besonders der Zugang zur Innenstadt per Rad massiv verbessert werden.
- Konsequenter Lärmschutz durch Behebung der Probleme der TINA-Straßenbahn und ein Nachtflugverbot zwischen 22 und 6 Uhr.

Verkehrsgerechtigkeit an der Ampel und im Planungsbüro

Die Halter*innen von Kraftfahrzeugen genießen aktuell eine privilegierte Position im Bau und in der Nutzung unserer Straßen. Dabei macht die ständige Anwesenheit von immer größeren Autos den Verkehr vor allem für Kinder gefährlicher und erschwert den Einstieg in andere Mobilitätsformen. Den Umweltverbund attraktiver zu machen heißt also auch, den Fokus unserer Planung im Großen wie im Kleinen zu verschieben.

Fahrräder sollten ein normales Verkehrsmittel und kein Privileg der Furchtlosen sein. Die Ziele des Radentscheids sollen nicht nur konsequent eingehalten, sondern stetig erweitert werden. Es soll möglichst schnell ein Netz von Fahrradschnellwegen eingerichtet werden, auch in den Außenbereichen, wie etwa im Woogsweg zwischen Arheilgen und Kranichstein oder im Harras in der Waldkolonie. Diese sollen alle Quartiere verbinden und eine sichere, vom Kraftverkehr getrennte, Fortbewegung ermöglichen. Durch die schmaleren Fahrspuren kann ein großer Anteil der Strecken begrünt werden. Diese grünen Korridore tragen zur Klimaresilienz der gesamten Stadt bei (siehe Kapitel Klimaanpassung, Grünflächen und biologische Vielfalt). Schnelle E-Bikes/Pedelecs und vor allem große E-Cargo-Bikes müssen besser in den Straßenverkehr integriert werden, da sie ein erhöhtes Konfliktpotenzial mit anderen Radfahrenden haben.

Wie der Verein „Darmstadt fährt Rad“ in seinem Jahresbericht 2024 festgestellt hat, befinden sich die Investitionen in Radinfrastruktur seit 2020 im freien Fall. Diesem Rückgang wollen wir ein bindendes Investitionsminimum entgegenstellen. Radwegprojekte brauchen dabei verbindliche Mindeststandards für Qualität und Sicherheit und dürfen nicht mitten im Nirgendwo aufhören.

Auch Straßenquerungen und Ampeln sind ein wichtiger Ort für Mobilitätsgerechtigkeit. Wir brauchen mehr Sicherheit und Barrierefreiheit an Ampeln, wie flächendeckende Tonsignale und ausreichend lange Kreuzungszeiten. Diese sind wichtig für junge, alte und sehbehinderte Bürger*innen und lassen sich schnell und kostengünstig einrichten. Dies gilt besonders entlang der Rheinstraße, die schon länger als Problemstrecke bekannt ist. Außerdem brauchen wir Sicherheitsverbesserungen an Kreuzungen, wie Polster oder die Absenkung von Bordsteinkanten. Das sind wichtige Zwischenschritte auf dem Weg zu einem sichereren Stadtverkehr.

Die Linke fordert:

- Die Ziele des Radentscheids konsequent umsetzen und, wo nötig, erweitern.
- Ein Netz von Fahrradschnellwegen.
- Kurzfristig sollen „Strandungspunkte" im Radwegenetz identifiziert und ausgebessert werden.
- Die Ampelschaltung soll zugunsten des Radverkehrs (Dunkelampeln, grüne Wellen) verbessert werden.
- Mehr Sicherheit und Barrierefreiheit an Ampeln (Tonsignale, Kreuzungszeiten).
- Sicherheitsverbesserungen an Kreuzungen (Polster, Absenkung von Bordsteinkanten).

Unsere Stadt – unser Platz

Ein großes Problem des Individualverkehrs mit dem Auto ist der „ruhende Verkehr", also die enorme Zahl stehender Autos, die zu jeder Zeit unsere freie Nutzung der Straßen und Gehwege blockieren. Beispiele sind hier die oft mangelhafte Nutzbarkeit der Gehwege im Martinsviertel oder auch die Straßenbahnen der Linie 3 in Bessungen, die regelmäßig durch übergroße und falsch parkende Pkw blockiert werden.

Deshalb müssen dringend existierende Parkregelungen ernsthaft durchgesetzt werden, statt Falschparker*innen und Verkehrsgefährder*innen zu ignorieren. Es gibt keine städtische „Lizenz zum Falschparken" und es kann nicht sein, dass das Parken in Grünflächen (Rüdesheimer Straße), auf Gehwegen und in Kreuzungsbereichen (immer und überall) dauerhaft geduldet wird.

Wir wollen Alternativen schaffen: Wir unterstützen die Einrichtung autoarmer Wohngebiete, wie dem Heinerblocks-Projekt in seiner ursprünglichen Form. Das bedeutet geringes Verkehrsaufkommen durch ein Einbahnstraßensystem, reduzierte Parkplatzdichte und niedrige Geschwindigkeit durch verkehrsberuhigende Begrünung. Das Ziel ist die gefahrlose Bewegung für Menschen jeden Alters und aller Fähigkeiten in einem gesünderen und schöneren Umfeld. Es gibt den Anspruch auf eine faire Umgestaltung. Solche Maßnahmen sollten nicht auf Kosten derer geschehen, die tatsächlich auf ein Kraftfahrzeug angewiesen sind. Flächen für physisch eingeschränkte Personen und Dienstleister*innen, wie Handwerker*innen, Liefer- und Krankendienste sowie der Zugang zu Gesundheitsdiensten müssen in angemessenem Umfang berücksichtigt werden. Dies sollte ohne große Konflikte mit Rad- und Fußverkehr durchführbar sein.

Die Umsetzung dieser Pläne erfordert eine Anpassung der Parkplatzbewirtschaftung, die dienstliche und notwendige Nutzung bevorzugt. Die private Nutzung öffentlichen Raums soll durch eine Anpassung der Gebühren an Fahrzeuggrößenkategorien eingedämmt werden. Dies gilt insbesondere für Zweitfahrzeuge. Orientierungspunkt sind hier die Preise privater Parkflächen.

Die Verringerung des Verkehrsaufkommens führt auf Dauer zu geringeren Ausgaben für Infrastruktur. Diese Ersparnis und die Änderungen in der Parkraumbewirtschaftung werden in Summe eine Entlastung des städtischen Haushalts bedeuten. Die frei werdenden Flächen können für klimaresiliente Begrünung (siehe Kapitel zur Klimaanpassung) und zusätzliche Fuß- und Fahrradinfrastruktur genutzt werden.

Die Linke will:

- Das Heinerblocks-Konzept in seiner ursprünglichen Form.
- Eine Parkraumbewirtschaftung, die dienstliche Nutzung und physisch eingeschränkte Menschen priorisiert. Für große Fahrzeuge sollen die Parkgebühren erhöht werden.
- Verkehrsaufkommen verringern, um mehr Platz für Fußgänger*innen und Grün zu haben.

Bus und Bahn bezahlbar – und das Fahrpersonal gut bezahlt

Wir haben ein Ziel: den Nulltarif, also fahrscheinfreien Nahverkehr. Bis wir das geschafft haben, wollen wir allen, die vom nicht existierenden Nulltarif betroffen sind, helfen – sei es, weil sie sich das Ticket nicht leisten können oder die Fahrkartenautomaten fehlen. Wir wollen mit unserer Verkehrspolitik Mobilität einfacher und bezahlbarer machen.

Als erster Schritt in Richtung Nulltarif treten wir dafür ein, dass das Deutschlandticket wieder zu einem 9€-Ticket wird. Teilweise finanziert sich ein fahrscheinloser ÖPNV selbst, da die hohen Kosten für Kontrollen, Automaten und Strafverfahren entfallen. Besucher*innen der Stadt können über die Übernachtungsabgabe beteiligt werden und Darmstadt kann sich beim Bund dafür einsetzen, dass Unternehmen über eine Nahverkehrsabgabe zur Mitfinanzierung herangezogen werden.

Auf langjährigen Druck der Linken gibt es seit 2018 ein Sozialticket, das aber lange wenig genutzt wurde und nach Einführung des Landessozialtickets wieder abgeschafft wurde. Deshalb wollen wir den Nahverkehr in Darmstadt für Bezieher*innen von Bürgergeld und vergleichbaren Leistungen kostenlos machen. Solange das nicht erreicht ist, sagen wir: Wer sich kein Ticket leisten kann, darf dafür nicht doppelt bestraft und schlimmstenfalls ins Gefängnis gesteckt werden. Deshalb treten wir dafür ein, dass die Stadt und HEAG mobilo keine Anzeigen mehr fürs „Fahren ohne Fahrschein“ stellen. Zudem lehnen wir Ersatzfreiheitsstrafen fürs „Fahren ohne Fahrschein“ grundsätzlich ab.

Unser Nahverkehr muss nicht nur für uns alle bezahlbar sein. Ein Bus ist ein besserer und sichererer Ort für alle, wenn es auch dem Fahrpersonal gut geht und sie weder Geldsorgen wegen zu geringem Lohn noch Stress wegen zu vieler Überstunden haben – und wenn es keinen Personalmangel gibt. Dank der Kämpfe der vergangenen Jahre ist es den Fahrer*innen zusammen mit ver.di gelungen, die Berufsgruppen tariflich aufzuwerten. Die Inflation

droht die zarten Verbesserungen aber aufzufressen. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass die HEAG die Entlohnung in der nächsten Tarifrunde angemessen erhöht. Es geht nicht nur um Geld. Gerade der Personalmangel sorgt für viel zu kurzfristige Dienstpläne und macht planbare Freizeit schwer. Deshalb brauchen wir eine Personaloffensive bei der HEAG und in der gesamten Branche. Dabei geht es auch um ganz banale Dinge wie saubere Toiletten und ausreichende Pausenzeit. Bus und Bahn fahren muss auch auf dem Führer*innenstand attraktiv sein, sonst wird es für die Verkehrswende an Personal fehlen.

Wir fordern:

- Bis der fahrscheinlose Nahverkehr Realität ist, muss an allen Straßenbahnhaltestellen mindestens ein Fahrscheinautomat stehen.
- Nulltarif für Bürgergeldbezieher*innen, die Teilhabecard gilt als Berechtigungsnachweis.
- Keine Strafanzeigen mehr für das Fahren ohne Fahrschein.
- Angemessene Fortschreibung des Tarifvertrages bei der HEAG.
- Mehr Fahrpersonal für Bus und Tram.
- Ausreichende Wendezeiten an den Endhaltestellen.

Dichtes Netz und guter Takt

Für eine echte Verkehrswende muss der ÖPNV deutlich ausgebaut werden. Die Verkehrswissenschaft weiß, dass ein gutes Angebot Nachfrage erzeugt. Wenn wir gute Bus- und Tramverbindungen schaffen, dann werden auch mehr Menschen sie nutzen. Investitionen in den Nahverkehr zahlen sich aus: durch eine lebenswerte Stadt mit weniger Autoverkehr. Unser Ziel ist, dass jedes Stadtviertel direkt mit dem Stadtzentrum und dem Hauptbahnhof verbunden ist.

Der Luisenplatz ist überlastet. Wir brauchen mehrere gut verknüpfte Innenstadthaltestellen, die ein barrierefreies Umsteigen erlauben. Regional- und Stadtbusse einfach zwischen Luisenplatz und Mathildenplatz aufzuteilen, mit einer viel befahrenen Hauptstraße dazwischen, ist keine Lösung. Wir brauchen grundsätzliche Lösungen, die das Stadtzentrum neu gestalten. Dafür soll die Stadt Darmstadt in den kommenden Jahren mit einer breiten demokratischen Beteiligung Ideen entwickeln und angehen.

In den meisten Stadtvierteln funktioniert die Anbindung an Hauptbahnhof und Innenstadt durch die Straßenbahn und wird mit dem Straßenbahnzielnetz verbessert. Wir brauchen dafür eine schnelle Umsetzung des Zielnetzes. Die Linie 1 muss auch in den Schulferien fahren, denn Fahrten zum Hauptbahnhof sind überwiegend Berufspendelfahrten, die unabhängig von Ferienzeiten nachgefragt werden. Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass die Linie 3 nach der Fertigstellung der Ludwigshöhbahn als echte Ringlinie geführt wird, damit der Süden der Kernstadt besser an den Hauptbahnhof angebunden wird und die Taktlücke gefüllt wird, die durch die Schnelllinie 6 entsteht. Auch ein Ausbau des Straßenbahnnetzes ist notwendig: Die Straßenbahnlinie von der Innenstadt zum Ostbahnhof muss reaktiviert werden. Perspektivisch ist dadurch die wünschenswerte Weiterführung bis nach Roßdorf und Groß-Zimmern möglich. Ebenso befürworten wir die Ausbaupläne nach Riedstadt und Weiterstadt. Wir setzen uns für eine erneute Befragung über eine Straßenbahn nach Wixhausen ein, bei

der tatsächlich alle Betroffenen teilnehmen können, das heißt auch Schüler*innen und Menschen, die in Darmstadt wohnen und in Wixhausen arbeiten. Zudem brauchen wir auch innerstädtische Redundanzen und Querverbindungen, um das heute sehr zentralisierte Netz weniger anfällig für Baustellen und Unfälle zu machen. Flächen, die in Zukunft möglicherweise als Bahntrassen gebraucht werden könnten, müssen freigehalten werden.

Aber auch große Stadtviertel sind schlecht an das Zentrum und den Hauptbahnhof angebunden. Das Woogsviertel wurde durch die Verlegung des K-Busses von einer direkten Verbindung zum Hauptbahnhof abgeschnitten und hat, wie das Martinsviertel, nur noch an seinen Rändern Direktverbindungen. Das Paulusviertel hat in seiner Mitte gar keine ÖPNV-Anbindung. Heimstättensiedlung und Südbahnhof sind nur mit einem Umweg über den Hauptbahnhof an die Innenstadt angebunden. Das verlängert nicht nur die Wege für die dortigen Bewohner*innen, sondern es verringert auch die oft knappen Kapazitäten zwischen Hauptbahnhof und Innenstadt. Deshalb wollen wir die bestehenden Buslinien H, K, L und gegebenenfalls F neu verknüpfen und neue Linien schaffen, um auch diese Stadtviertel gut und direkt an die wichtigsten Ziele in Darmstadt anzubinden. Darüber hinaus besteht auch in der Quartiersanbindung in den Außenstadtteilen und zu sekundären Zielen Verbesserungsbedarf. Wir unterstützen die Forderung der „Interessengemeinschaft Arheilger Bürger“, die Buslinien A und AH zu einer Ringlinie zu vereinigen, die auch an Sonn- und Feiertagen fährt. Wir wollen auch die Linie R zu einer echten Ringlinie verbinden, die insbesondere Tangentialverbindungen zur TU-Lichtwiese ermöglicht.

Die Verbindung des Umlandes mit der Stadt muss besser werden: mit verbesserten Busverbindungen, aber auch mit dem Straßenbahnausbau nach Weiterstadt, Riedstadt und Groß-Zimmern. Die Stadt Darmstadt muss sich für einen attraktiven Schienenverkehr einsetzen. Dazu gehören der zweigleisige Ausbau und die Elektrifizierung der Odenwaldbahn und ein sicherer Umbau zahlreicher Bahnkreuzungen, beispielsweise des Tunnels am Bahnhof Eberstadt, des Bahnübergangs in Kranichstein oder am Judenteich. Außerdem braucht es eine höhere Taktung der S-Bahn und der Züge nach Aschaffenburg, Mainz/Wiesbaden und Mannheim auch außerhalb der Stoßzeiten sowie Schnellverbindungen zwischen den Großstädten mit wenigen Zwischenhalten. Der Airliner muss in den RMV- und in den Bahn-Fernverkehrstarif integriert werden. Dauertickets für Berufspendler*innen sind einzuführen.

Neben einem verbesserten Netz braucht es einen guten und dichten Takt, der in Darmstadt an den meisten Stellen zum Glück bereits besteht das heißt ein mindestens 10-minütiger Takt im Tagesverkehr auf allen Hauptlinien, gegebenenfalls durch Linienüberlagerung. Auf Quartierslinien und soll grundsätzlich im Tagesverkehr mindestens im 20-Minuten-Takt gefahren werden. Dabei ist im Zweifelsfall funktionierenden Umsteigeverbindungen Prioriät einzuräumen. Im Tagesrandverkehr soll ein mindestens 15-minütiger Takt auf Hauptlinien bestehen und der Nachtverkehr nach 23:00 Uhr muss mindestens halbstündig verkehren.

Wir wollen:

- Alle Stadtviertel direkt ans Zentrum und den Hauptbahnhof anbinden. Dafür sollen Buslinien neu verknüpft werden.

- Den Luisenplatz durch eine verknüpfte Lösung mehrerer barrierefreier zentraler Umstiegshaltestellen entlasten.
- Straßenbahnausbau mit innerstädtischen Querverbindungen und neuen Strecken ins Umland.
- Eine erneute Befragung zur Tram nach Wixhausen mit erweitertem Teilnehmer*innenkreis.
- Attraktive Bahnverbindungen ins Umland und einen zweigleisigen elektrifizierten Ausbau der Odenwaldbahn.
- Eine Prüfung, ob Buslinien aus dem Landkreis, die heute in Darmstadt enden, zu Durchmesserlinien verknüpft werden können, um bessere Direktverbindungen zu ermöglichen und die Innenstadt zu entlasten.
- Im Tagesverkehr nicht mehr als 10 Minuten an der Haltestelle stehen.

Kapitel VII - Jugend, Familien und Senior*innen in Bildung, Freizeit und Kultur

Gute Bildung und Raum zur Selbstverwirklichung

Die verschärfte Spaltung der Gesellschaft trifft Kinder und Jugendliche aus armen Familien besonders hart. Schon in jungen Jahren lernen sie, was es bedeutet, sozial ausgegrenzt zu sein. Diese Erfahrung prägt ein Leben lang und hinterlässt Narben.

Bildung ist eine wichtige Voraussetzung für die Teilhabe an der Gesellschaft. Doch in keinem anderen Land des globalen Nordens hängt der zukünftige Bildungs- und Lebensweg eines Kindes so stark von den Einkünften und vom Bildungsstand der Eltern ab wie in Deutschland. Die Spaltung der Gesellschaft in arm und reich beginnt bereits in jungen Jahren und wird mittelbar von staatlicher Seite gefördert. Dies kann nur durch einen strukturellen Umbau des Bildungswesens geändert werden. Dazu müssen die Weichen auf bundes- und landespolitischer Ebene gestellt werden. Dies entbindet die Kommunalpolitik jedoch nicht von ihrer Verantwortung, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, der sozialen Ungerechtigkeit auch im Bildungssystem entgegen zu wirken.

Bei unserer Politik für Kinder und Jugendliche steht die Bildung im Mittelpunkt. Wir streiten für eine flächendeckende, gebührenfreie und qualifizierte Bildung von der Kinderkrippe bis zum Einstieg ins Berufsleben. Gemeinsames Lernen für alle bis zur 10. Klasse ist das wichtigste bildungspolitische Ziel der Linken. Dieses Ziel ist zwar weder kurzfristig noch allein auf der kommunalen Ebene durchzusetzen, jedoch kann die Stadt die Initiative ergreifen, durch die Einrichtung weiterer integrierter Gesamtschulen gute Voraussetzungen zum gemeinsamen Lernen zu schaffen. Öffentliche Frei(zeit)räume für Kinder und Jugendliche müssen erhalten und ausgebaut werden – gerade dort, wo finanziell benachteiligte Familien leben.

Kita und Krippe: Bildungsgerechtigkeit für alle von Anfang an

In den letzten 20 Jahren sind Ausbau und Förderung der frühkindlichen Bildung auch in Hessen in den Vordergrund gerückt. Der Bildungs- und Erziehungsplan (BEP) des Landes Hessen, der 2007 erstmalig erstellt wurde, hat die Bedeutung der frühkindlichen Bildung in den Fokus genommen und eine Grundlage erstellt, um jedes Kind in seinen individuellen Lernvoraussetzungen und seinem Entwicklungsstand zu begleiten und zu fördern. Außerdem wurde die Betriebserlaubnis für den Betrieb einer sozialpädagogischen Einrichtung überarbeitet: die Einrichtungen müssen nun die gesellschaftliche und sprachliche Integration der Kinder unterstützen und an einem gesundheitsförderlichen Lebensumfeld mitwirken.

Zur Umsetzung der umfassenden Anforderungen in der Praxis fehlen aber in der Realität allzu oft die entsprechenden Voraussetzungen. Ein schlechter Betreuungsschlüssel hemmt die Umsetzung der Forderungen in den Kitas. Es kann nicht sein, dass in den hessischen Kitas immer noch ein Schlüssel von 25 Kindern pro Erzieher*in verbindlich ist. In den Qualitätsstandards für Kindertagesstätten der Stadt Darmstadt wurde immerhin ein Betreuungsschlüssel von 22 Kindern festgelegt, doch diese Verbesserung wird bei anhaltend schlechter Kassenlage der Stadt schwierig aufrecht zu erhalten sein. Aber auch unter diesen Voraussetzungen fehlen die Ressourcen für eine intensive Betreuung.

Insbesondere können die Benachteiligungen von Kindern, die aufgrund ihrer sozial-ökonomischen Familienverhältnisse und/oder bedingt durch einen migrantischen Hintergrund bestehen, kaum ausgeglichen werden.

Es reicht nicht, gute theoretische Konzepte zu entwickeln, wenn die realen Bedingungen dann nicht den Anforderungen entsprechen. Deshalb fordert Die Linke, dass die Gruppengrößen weiter reduziert werden: nach wissenschaftlichen Empfehlungen sollten Krippengruppen nicht mehr als zwölf, in der Kita nicht mehr als 18 Kinder umfassen. Um Kinder adäquat pädagogisch zu begleiten und zu unterstützen, wird neben kleinen Gruppen auch gut ausgebildetes Fachpersonal benötigt.

Erzieher*innen aufwerten

Um qualifizierte Erzieher*innen zu erhalten, muss eine fachgerechte Anleitung von Auszubildenden, Berufseinsteiger*innen und Berufsrückkehrer*innen gewährleistet werden. Die Linke hatte dazu im Landtag einen Gesetzesentwurf zur Verankerung von Praxisanleitung im hessischen Kinder- und Jugendhilfegesetzbuch vorgelegt. Der leider abgelehnte Vorstoß beinhaltete sowohl ein Zeitkontingent für die Anleitung über die jetzt bestehenden zwei Wochenstunden hinaus als auch die verbindliche Teilnahme an einer Weiterbildung zur Qualifizierung von Praxisanleitung. Letztere hat das Land nur als Empfehlung formuliert. Wir fordern, dass Darmstadt das Zeitkontingent erhöht und die Qualifizierungsvorgaben auch ohne gesetzlichen Zwang einführt.

Mit Nachdruck lehnen wir weiterhin das Gesetz des Landes Hessen ab, das fachfremdes Personal mit gerade einmal 160 Stunden Qualifizierung dem dreijährig ausgebildeten Personal gleichstellt und mit bis zu 25% auf den Personalschlüssel anrechnet. Dies wird weitere

Fachkräfte aus dem Beruf treiben. Die Stadt Darmstadt darf kein fachfremdes Personal einstellen.

Der Versorgungsgrad in der Kindertagesbetreuung in Darmstadt muss weiter ausgebaut werden. Besonders im U3-Bereich nimmt die Nachfrage nach Plätzen stetig zu, denn immer mehr Mütter wollen schon nach dem ersten Lebensjahr ihres Kindes wieder in ihren Beruf zurück. Gerade Alleinerziehende haben hierbei auch gar keine andere Wahl, denn sie müssen ihre materielle Existenz sichern – davon betroffen sind vor allem Frauen. Außerdem müssen alle Eltern die Möglichkeit haben, für ihre Kinder einen wohnortnahen Platz in einer Kinderkrippe und einer Kita zu bekommen. Die Linke fordert einen dem Bedarf angepassten Versorgungsgrad in allen Stadtteilen und Altersstufen.

Betreuungsplätze für alle und kostenlos

Der Besuch von Kinderkrippen und Kitas muss vollständig gebührenfrei sein, um den Zugang für alle Kinder zu ermöglichen. Um dies zu erreichen, sind, wie in Rheinland-Pfalz, landesgesetzliche Regelungen und finanzielle Kompensation durch das Land erforderlich. Dies ist gerechtfertigt, weil die Einrichtungen verstärkt Aufgaben der frühkindlichen Bildung übernehmen und Bildung zu den Aufgaben des Landes zählt. Als ersten Schritt zur Gebührenfreiheit für alle fordern wir diese für die Kinder einkommensschwächerer Familien.

Bezüglich der Krippen und Kitas macht sich Die Linke stark für:

- Kleinere Gruppen in den frühkindlichen Einrichtungen.
- Erhaltung des Fachkräftestandards.
- Weiterer Ausbau der U3-Krippenplätze.
- Kostenfreies Kita-Essen für alle Kinder.
- Bedarfsgerechte Verteilung des Betreuungsangebots für Kinder bis sechs Jahren in den verschiedenen Stadtteilen.

Länger gemeinsam lernen und Ganztagsangebote ausbauen

Die Herstellung gleicher Entwicklungsvoraussetzungen und Entfaltungsmöglichkeiten für alle Kinder steht im Zentrum linker Schulpolitik. Schüler*innen müssen in ihren Fähigkeiten individuell gefördert werden. Hierfür braucht es engagierte Lehrer*innen. Ohne ein Schulsystem, welches dieses Engagement fördert, sind die Bemühungen von Lehrer*innen und Schulleitungen vergebens. Chancengleichheit wird am besten in integrierten Gesamtschulen umgesetzt. In diesen ist längeres gemeinsames Lernen zum Vorteil aller Schüler*innen möglich. Die Linke tritt daher für eine Stärkung dieser Schulform in Darmstadt ein.

Wichtig ist eine aktive Profilentwicklung der Gesamtschulen, um eine attraktive Alternative zu den Gymnasien zu schaffen. Das Ziel muss sein, allen Schüler*innen jeden Abschluss ohne Umwege zu ermöglichen.

Kommunale Schulpolitik muss sicherstellen, dass die Schüler*innen in der Stadt und im Landkreis jede mögliche Schulform durch die Nutzung des ÖPNV in angemessenen Fahrtzeiten erreichen. Dies muss auch bei der zu verändernden Berufsschulplanung bedacht wer-

den. Wir unterstützen die Initiative, dass Azubis aus Kommunen im westlichen Landkreis weiter die Darmstädter Berufsschulen besuchen dürfen.

Der Schulentwicklungsplan für Grundschulen enthält gegenwärtig keine konkrete Planung für Ganztagsangebote. Die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Ganztagsplatz für Grundschüler*innen ab 2026 erfordert aber konkrete Planungen sowohl auf der organisatorischen als auf der inhaltlichen Ebene. Dazu gehören vor allem auch die Jugendhilfeträger, die in Darmstadt den Ganztag umsetzen, bisher aber nicht in die Planungen zum Ganztag im Rahmen des Schulentwicklungsplans einbezogen wurden. Die Linke fordert die Einbeziehung der Jugendhilfeträger, um eine produktive gemeinsame Struktur für den Ganztag zu entwickeln.

Wir fordern langfristig die Umsetzung des Profils 3 an allen Darmstädter Schulen, in erster Linie an den Grundschulen. Profil 3 bedeutet: Ganztagsschule mit einem verpflichtenden Unterrichts- und Betreuungsangebot an fünf Tagen pro Woche. Nur so kann Chancengleichheit für alle Kinder gewährleistet werden. Dieses rhythmisierte Lern- und Betreuungsangebot orientiert sich an den Bedürfnissen und der Lernsituation der Kinder. Alle Unterrichtsfächer können den ganzen Tag über bearbeitet werden, sind also nicht nur auf den Vormittag beschränkt. Dies bedeutet, dass Unterrichtsthemen mit verschiedenen Methoden und freizeitpädagogischen Aspekten bearbeitet werden können. Hierzu wird ganztägig ein breites Spektrum an Fachkräften (Lehrkräfte, Erzieher*innen, Ergo- und Logopäd*innen, Sozialpädagog*innen) benötigt. Für die rhythmisierte Ganztagsschule wird eine räumliche Ausstattung benötigt, die den unterschiedlichen Lernansätzen gerecht wird. Zusätzlich zu den Unterrichtsräumen braucht es weitere Räume, in denen Kinder all ihre Sinneswahrnehmungen erfahren und Projekte umsetzen können. Auch Räume für Einzelförderung dürfen nicht fehlen. Wichtig ist, die Eltern auf dem Weg zur echten Ganztagsschule mit einzubeziehen und sie von der Wichtigkeit zu überzeugen. Denn dabei ändern sich die Schwerpunktsetzung und die Bedeutung von Schule, die dann eine umfangreichere pädagogische Funktion erhält als bisher.

Im Moment ist in Darmstadt die vorherrschende Form im Ganztagsschulbereich Profil 2 (Schulen mit freiwilligen Ganztagsangeboten an fünf Tagen pro Woche). Schon dafür fehlen in Darmstadt räumliche Ressourcen, die nach modernen wissenschaftlichen Standards benötigt würden. Es braucht weitere personelle Ressourcen, sowohl für Lehrende als auch für die Jugendhilfeträger. Eine Weiterentwicklung der Profile erfordert eine Verzahnung der verschiedenen Professionen: vor allem wird es im Ganztag größere Zeiträume geben, in denen Lehrer*innen und Erzieher*innen gemeinsam mit den Kindern arbeiten.

Schule als Lern- und Lebensraum

Die Stadt muss durch bessere Ausstattung der Schulen ihren Teil dazu beitragen, dass aus Lehranstalten Lebens- und Gestaltungsräume werden. Mitunter sind sogar die Schultoiletten in einem skandalösen Zustand. Es ist nicht akzeptabel, dass deren Sanierung über Jahre hinausgeschoben wird und dass Neubauten sich nicht an den Bedürfnissen eines modernen Unterrichts und der Inklusion orientieren. Das erfordert sehr viel mehr Platz als bisher, gerade bei Neubauten. Weitere Räume sind nötig, z. B. für Einzel- und Projektarbeit. Die Erweite-

rung der Informations- und Medientechnik an allen Schulen muss nicht nur den heutigen Bedarf abdecken, sondern auch Unterrichtskonzepte der Zukunft unterstützen – dazu gehört auch weiterhin der Umgang mit Büchern. Inklusive Bildung muss flächendeckend möglich sein. Schritt für Schritt sollen an allen Regelschulen die materiellen, technischen und personellen Voraussetzungen für ein gemeinsames Lernen aller Kinder geschaffen werden.

Die demokratische Teilhabe der Schüler*innen hat ebenfalls materielle Voraussetzungen: Selbstverwaltete Räume, um eine unabhängige Arbeit der Schüler*innen-Vertretungen zu garantieren.

Seit 2025 existiert endlich der längst überfällige neue Berufsschulentwicklungsplan, der bis 2030 gilt. Die Grundsatzentscheidung der Stadt Darmstadt, alle Berufsschulkapazitäten ohne räumliche Auslagerungen an den Standorten Mitte und Nord zu konzentrieren, ist vernünftig. Die Zuordnung der beruflichen Schwerpunkte zu den Standorten wird erst später festgelegt. Hier fordern wir eine Vorgehensweise, die erneute Umzüge vermeidet. Weitere Renovierungen im neu sanierten Berufsschulzentrum, etwa für Kücheneinbauten und Hauswirtschaftsräume für die Alice-Eleonoren-Schule, sind zu vermeiden. Die Linke wird die zweite Phase des Schulentwicklungsplans Berufliche Schulen in Darmstadt weiterhin kritisch begleiten.

Die Digitalisierung darf nicht zur Bildungsbarriere für Kinder aus finanziell benachteiligten Familien werden. Die Linke fordert Lernmittelfreiheit auch für die digitale Ausstattung. Entsprechende Endgeräte sind allen Schüler*innen bei Bedarf kostenlos zur Verfügung zu stellen. Außerdem braucht es in jeder Schule technischen Support. Für größere Schulen bedarf es mindestens einer Fachkraft pro 60 Lehrkräfte sowie Fortbildungen für die Entwicklung pädagogischer Konzepte und für den Gebrauch der Endgeräte.

Eine umfassende Bildung muss auch ökologische Aspekte berücksichtigen. Eine Möglichkeit hierfür bieten Schulgärten: Gemeinsam und solidarisch können Kinder und Erwachsene hier lernen, wie das mit eigenen Händen Ausgesäte geerntet und verarbeitet werden kann. Dies kann sowohl auf großen hierfür bereitgestellten Flächen geschehen als auch in kleinen, dezentral verteilten Hochbeeten oder ähnlichem. So zeigt sich der Wert von Gemeingütern und die Arbeit an ihnen ganz praktisch. Eine umfassende Bildung muss auch haptische, musische und kreative Aspekte umfassen und dazu braucht es Platz. Wir fordern Räume, in denen dieses ganzheitliche Lernen umgesetzt werden kann: Holzwerkstatt, Textilwerkstatt, Theaterräume, Kreativwerkstatt, etc.

Lehr- und Informationsveranstaltungen der Bundeswehr dienen nicht der politischen Bildung, sondern erfüllen den Zweck einer indirekten Nachwuchswerbung und Legitimation von Kriegseinsätzen. Die hessische Verfassung ächtet den Krieg in Artikel 69. Daher protestieren wir gegen die Präsenz der Bundeswehr und ihre Werbeplakate an Darmstädter Schulen.

Kinder und Jugendliche leiden unter den globalen Krisen und der sozialen Ungleichheiten hierzulande gleichermaßen. Die Schulsozialarbeit ist eine wichtige Anlaufstelle, wenn es darum geht, junge Menschen und deren Familien bei Problemen zu unterstützen, aber vor allem auch, um präventiv an Schulen soziale Kompetenzen und demokratisches Bewusstsein

zu fördern. Deshalb fordert DIE LINKE den Ausbau der Schulsozialarbeit an allen Schulformen, um den steigenden Bedarfen, u.a. auch durch den Ganztag, gerecht zu werden.

Im Bereich der Schulpolitik fordert Die Linke:

- Stärkung der integrierten Gesamtschulen in Darmstadt.
- Besondere strukturelle Förderung von Grund-, Gesamt- und Berufsschulen.
- Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention bezüglich der Inklusion an Darmstädter Schulen.
- Bedarfsgerechter Ausbau der Ganztagsangebote an Darmstädter Schulen in echten Ganztagsunterricht (Profil 3).
- Rücknahme der Erhöhung des Kostenbeitrags der Eltern für das Modul 2 im Pakt für den Ganztag.
- Lernmittelfreiheit auch für digitale Endgeräte.
- Bundeswehr raus aus unseren Schulen!
- Ausbau der Schulsozialarbeit an allen Schulformen

Die Stadt als Vorbild für den Berufseinstieg

Eine gute Ausbildung für junge Menschen ist die Voraussetzung für ein Leben in Würde und für Teilhabe am öffentlichen Leben. Noch immer verbleiben im Stadtgebiet Darmstadt und im umliegenden Kreis Darmstadt-Dieburg jedes Jahr hunderte von Jugendlichen ohne Berufsausbildung – und das trotz des viel propagierten Fachkräftemangels. Nur mit einer Erhöhung der Zahl der Ausbildungsplätze haben Jugendliche die Möglichkeit einen Beruf zu wählen, der ihren Fähigkeiten und Neigungen entspricht.

Die Linke fordert für die Berufsausbildung junger Menschen:

- Vergabe öffentlicher Aufträge mit Priorität an Unternehmen, die ausbilden.
- Initiative der Stadt für ein Wohnheim für Auszubildende ähnlich den Wohnheimen für Studierende.
- verstärkte Förderung der überbetrieblichen Ausbildung in Form von Vollzeitausbildung und nach dem Modell der Produktionsschulen.
- Erhöhung der städtischen Ausbildungsquote.
- Übernahme der städtischen Auszubildenden nach ihrem Abschluss.
- Grundrecht auf Ausbildung!

Öffentlicher Raum für die Freizeitgestaltung und das Engagement von Kindern und Jugendlichen

Kinder und Jugendliche brauchen neben guter Bildung auch offene, nicht-kommerzielle Freizeitmöglichkeiten und demokratische Teilhabe an der Gesellschaft. Ihre Interessen müssen bei den Planungen und Projekten der Stadt berücksichtigt werden. Darmstadt muss für alle Schichten, für jede Herkunft und für jedes Alter Perspektiven bieten und die Möglichkeit zur Mitgestaltung schaffen.

Ein Beispiel für demokratische Teilhabe von Jugendlichen ist der Stadtschüler*innenrat in Darmstadt und der Stadtjugendring, der die Interessen von Jugendgruppen und -verbänden bündelt und formuliert. Diese beiden Einrichtungen vertreten als wichtiges Sprachrohr die Interessen der Jugend. Sie müssen bei jugendpolitischen Entscheidungen berücksichtigt werden. Dazu war die Einrichtung des Jugendplenums im Jahr 2025 ein wichtiger Schritt. Eine angemessene finanzielle und räumliche Ausstattung ist zu gewährleisten und die Kommunikation mit den Behörden und den städtischen Gremien muss auf Augenhöhe erfolgen.

Kürzungen bei Kinder- und Jugendeinrichtungen sind für uns tabu. Es braucht eine kontinuierliche Finanzierung von Kinder- und Jugendarbeit, damit umfangreiche und reflektierte Bildung und Freizeitgestaltung ermöglicht werden kann. Antifaschistische, antirassistische und feministische Aufklärung muss bereits im Kindes- und Jugendalter beginnen. Ein Bewusstsein für das Wahrnehmen der eigenen Person im sozialen Gefüge einer Gesellschaft kann nur entstehen, wenn Kinder und Jugendliche erfahren, was es heißt, ein Teil einer vielfältigen Gemeinschaft zu sein.

Die offene Kinder- und Jugendarbeit in Darmstadt ist seit vielen Jahren durch eine überwiegend prekäre Personalausstattung sowie die Schließung und Zusammenlegung von Einrichtungen gekennzeichnet. Ein Beispiel dafür ist das Jugendzentrum „Hütte“, welches dieses Jahr geschlossen wird, weil der Betreiber, das evangelische Dekanat, nicht mehr für die Sanierung zahlen will. Wir unterstützen das Vorhaben der Stadt, neue Räume für das Jugendzentrum zu finden und damit den Jugendlichen wieder einen Platz zu geben.

Die Jugendhilfe muss sich an der Lebenswelt der Kinder und Jugendlichen und ihren Bedürfnissen im Gemeinwesen ausrichten. Wir kritisieren den Ansatz der Sozialraumorientierung, der im Wesentlichen auf einer statistischen Verteilung der Ressourcen beruht. Dabei sind Beteiligung und Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen ebenso sicherzustellen wie eine migrationssensible und geschlechtergerechte Jugendarbeit durch hauptamtliche Fachkräfte. Die Pädagog*innen leisten Beistand und unterstützen in belastenden sozialen Situationen und Notlagen.

Wichtig ist zukünftig die verstärkte Qualifizierung der Mitarbeitenden zum Ausbau einer qualitativ hochwertigen digitalen Jugendarbeit. Diese muss finanziell ebenso abgesichert werden wie die dazu erforderliche umfassende Ausstattung mit Hard- und Software.

Kultur- und Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche sind weitere Bestandteile einer elementaren Daseinsvorsorge. Kindern und Jugendlichen ist ein gebührenfreier Zugang zu öffentlichen kulturellen Einrichtungen der Stadt, wie Museen, Bibliotheken, Theatern und Musikschulen, zu ermöglichen. Die Linke tritt daher in Darmstadt für eine nachhaltige finanzielle Absicherung der außerschulischen Kinder- und Jugendarbeit sowie für Jugendsozialarbeit und ein finanzielles Zusatzprogramm ein, um die weggefallenen Strukturen der Kinder- und Jugendarbeit (wie z. B. die des Max-Rieger-Heims) in Stadtteilen wie dem Martinsviertel und Eberstadt-Süd wieder neu aufbauen zu können.

Für eine gesunde Entwicklung müssen Kinder und Heranwachsende ihren natürlichen Bewegungsdrang ausleben können. Dies dient nicht nur ihrer gesunden körperlichen, sondern darüber hinaus auch ihrer geistigen, emotionalen und sozialen Entwicklung. Zu viel Konsum,

unausgewogene Ernährung, psychischer und sozialer Stress gehen damit einher, dass zwei Drittel aller Kinder und Jugendlichen sich zu wenig bewegen.

Jugendliche finden zu wenige altersgerechte Freizeitangebote im öffentlichen Raum. Die Stadt muss mehr Angebote für alle Gruppen von Jugendlichen bereitstellen. Es braucht Spiel- und Bewegungsräume, in denen sie spontan ihr Bewegungs- und Aktionsbedürfnis ausleben können. Dazu können öffentliche Sportparks errichtet und Räume geschaffen werden, in denen sich Jugendliche unabhängig von städtischen Einrichtungen oder Vereinen nach ihren Vorstellungen selbst entwickeln, in denen sie gestalten und bauen können.

Auch Erwachsene und Senior*innen brauchen Begegnungsstätten, um ihre Freizeit zu verbringen. Daran mangelt es in vielen Stadtteilen. So gibt es in Eberstadt Süd nicht ausreichend Raum für Feste und andere größere kulturelle Veranstaltungen.

Die Linke setzt sich ein für:

- Kommunikation mit und Einbeziehung des Stadtschüler*innenrats, des Jugendplenums und des Stadtjugendrings bei jugendpolitischen Entscheidungen.
- Den Erhalt bedrohter Kinder- und Jugendeinrichtungen und eine Sicherstellung von kontinuierlichen Fördermitteln für alle Einrichtungen.
- Einrichtung öffentlicher Sportparks für ältere Jugendliche.
- Autonome Projekt- und Freizeitgestaltungsräume für Jugendliche.
- Breitere und attraktivere Ferienangebote an Volkshochschulen (u.a. ein breites Spektrum von Ferienkursen, Lesekreisen, interkulturellem Austausch).
- Mehr dezentrale Begegnungsstätten für alle Schichten und jedes Alter.

Die Würde des Menschen ist unantastbar – auch im Alter

Die Altersarmut nimmt auch in Hessen und in Darmstadt in einem erschreckenden Ausmaß zu. Acht Prozent aller Senior*innen in Darmstadt beziehen laut Sozialatlas Leistungen der Grundsicherung. Das sind 2.210 Personen. Nach Schätzungen beantragen allerdings höchstens 50% der Antragsberechtigten die Grundsicherung, die wirkliche Altersarmut liegt also wesentlich höher. Darmstadt nimmt unter deutschen Städten und Landkreisen einen „Spitzenplatz“ ein (Rang 387 von 401). Dies liegt vor allem an den extrem hohen Mieten. Mit einer Mietbelastungsquote von durchschnittlich 33% (im Jahr 2018) ist Darmstadt eine der teuersten Städte. Die hohen Mieten belasten überproportional die Menschen mit geringem Einkommen.

Alte Menschen müssen so lange wie möglich in ihren Wohnungen bleiben können. Andererseits sollen sie auch die Möglichkeit haben, innerhalb ihres Viertels ohne finanzielle Nachteile in kleinere Wohnungen umzuziehen.

Jede zweite Rente in Deutschland liegt unter 900 Euro netto. Besonders betroffen sind Frauen. Deutschland ist unter den entwickelten Industriestaaten Schlusslicht bei der Alterssicherung von Geringverdienenden. Daher fordert Die Linke auf Bundesebene eine armutsfeste Mindestrente. Bis diese durchgesetzt ist, wollen wir auf kommunaler Ebene alle Mittel nutzen, um Senior*innen ein gutes Leben zu ermöglichen.

Zwar werden wir durch den medizinischen Fortschritt immer älter, gleichzeitig führt Armut zu einer geringeren Lebenserwartung. Armut macht krank, denn ein gesundes Leben ist vom Geldbeutel abhängig, besonders im letzten Lebensdrittel. Menschen mit ausreichendem Einkommen können oft gesund und aktiv bis ins hohe Alter am Leben teilhaben. Arme Menschen leben dagegen oft zurückgezogen, krank und einsam. Die Linke steht für ein gutes Leben im Alter für alle.

Ein wichtiger Ansatz ist das Konzept der Gemeindepflege: durch ein flächendeckend organisiertes Beratungs- und Betreuungsangebot in allen Stadtteilen Darmstadts kann älteren Menschen geholfen werden, so lange wie möglich in ihrem gewohnten sozialen Umfeld zu leben und die Unterbringung in einer stationären Einrichtung wesentlich hinaus zu schieben oder sogar zu vermeiden. Damit kann die Stadt sogar viel Geld einsparen: 8,5 Mio. Euro werden aktuell benötigt, um alten Menschen die Heimunterbringung finanziell zu ermöglichen. Dieser Zuschussbedarf sinkt, wenn mehr Menschen länger in ihrer eigenen Wohnung leben können.

Die Gemeindepflege wurde bisher in einigen Stadtteilen Darmstadt erfolgreich erprobt und ist dort nicht mehr wegzudenken. Doch die Finanzierung durch das Land läuft Ende 2026 aus und bei der aktuellen Haushaltslage ist die Übernahme der Kosten durch die Stadt kaum möglich. Wir unterstützen die Forderungen des „Bündnis Pflege“ für ein flächendeckendes Angebot von Gemeindepflege und eine dauerhaft abgesicherten Finanzierung durch das Land Hessen. Es muss mindestens eine leistungsgerecht bezahlte Stelle pro 30.000 Einwohner*innen geschaffen werden, für die das Land die Kosten komplett übernimmt.

Menschen müssen auch im Alter an gesellschaftlichen Aktivitäten, an Kultur, Bildung und Sport teilnehmen können: Dazu braucht es alters- und behindertengerechten Wohnraum, ein angepasstes Wohnumfeld und eine Stadtplanung, die die Teilhabe aller Menschen ermöglicht. Das gelingt vor allem dann, wenn die Betroffenen ihr Umfeld selbst gestalten und aktiv an Politik und Gesellschaft teilnehmen können.

Die Angebote der offenen Senior*innenarbeit sind interkulturell zu öffnen und den wechselnden Bedarfen in der Stadtgesellschaft anzupassen. Dafür muss sie dauerhaft auskömmlich finanziert sein und darf nicht Spielball von Haushaltskonsolidierungswünschen und Verfügungsmasse von Kürzungen werden. Damit die Interessen älterer Menschen in Politik und Gesellschaft wahrgenommen werden, müssen Senior*innen mehr Mitwirkungs-, Gestaltungs- und Einflussmöglichkeiten bekommen. Die Senior*innenenvertretung soll in wichtigen Angelegenheiten nicht nur ein Anhörungs-, sondern auch ein Rederecht in der Stadtverordnetenversammlung bekommen.

Die Linke fordert für die Senior*innen:

- Alters- und behindertengerechte Verkehrsplanung: eine Stadt der kurzen Wege, fußläufig erreichbare Lebensmittelmärkte, Barrierefreiheit für alle Fußwege, barrierefreie Bushaltestellen und Bahnhöfe und mehr Sitzbänke im öffentlichen Raum. (Siehe Kapitel Stadt der kurzen Wege)

- Schaffung von alters- und behindertengerechtem Wohnraum, Förderung von Wohnprojekten, Wohngemeinschaften und Mehrgenerationenhäusern, insbesondere auch für Menschen mit geringen Renten und Bezieher*innen von Grundsicherung.
- Dauerhafte und flächendeckende Etablierung der Gemeindepflege.
- Förderung von Sozial- und Verbraucher*innenberatung, bei eingeschränkter Mobilität auch zu Hause.
- Behindertengerechte Sport-, Kultur- und Freizeiteinrichtungen mit Angeboten speziell auch für ältere Menschen.
- Flächendeckendes Angebot von Hausärzt*innen, die bei eingeschränkter Mobilität auch Hausbesuche durchführen.
- Unbürokratische städtische Hilfe beim altersgerechten Umbau von Wohnungen.
- Förderung von Nachbarschaftshilfe.
- Ausweitung des Projekts „Babbelbänke“.

Breitensport fördern

Sport stärkt das individuelle Selbstvertrauen und macht die eigenen Fähigkeiten bewusst. Sport überwindet Barrieren, fördert Integration und wirkt Gewaltbereitschaft, Rassismus und Sexismus entgegen. Er erfüllt eine gesundheitliche und soziale Funktion für menschliches Zusammenleben.

Entsprechend dem Zeitgeist suchen viele Menschen den Rahmen für ihre sportliche Betätigung außerhalb von Vereinen in Fitnesszentren, selbst organisierten Gruppen oder ganz auf eigene Faust. Doch dies ist nicht für jede und jeden möglich und bedeutet oft einen Verzicht auf fachkundige Betreuung oder soziale Interaktion. Der im Verein organisierte Breitensport ist wichtig, um qualifizierte Angebote zu gewährleisten, die durch Inanspruchnahme öffentlicher Förderung kostengünstig sind, allen offen stehen und demokratisch verfasst sind.

Zunehmender Nachmittagsunterricht an Schulen lässt die verfügbaren Zeiten vieler Jugendlicher für Sport schrumpfen. Gerade deswegen ist eine bessere Verzahnung von Unterricht und Freizeit notwendig. Wer Zeit für Sport hat, lernt auch besser. Junge Menschen brauchen den körperlichen Ausgleich. Ganztagsunterricht muss so gestaltet werden, dass Jugendliche immer noch die Möglichkeit haben, ihre (sportliche) Freizeit so zu gestalten, dass diese auch zur Persönlichkeitsentwicklung beitragen kann. Schüler*innen dürfen nicht mit Burnout in Ausbildung oder Studium starten.

Darmstadt hat eine vielfältige Vereinslandschaft mit etwa 100 Sportvereinen und Angeboten. Überdurchschnittlich viele von ihnen betreiben eigene Sportstätten, die sie mit öffentlicher Unterstützung unterhalten. Um die Unterhaltung von Sportstätten und Sportangeboten nicht nur fortzuführen, sondern auch auszubauen und zu verbreitern, bedarf es einer kontinuierlichen Förderung von Vereinen und Organisationen. Sport hat in Hessen Verfassungsrang. Deshalb ist es höchst fragwürdig, dass die Zuschüsse für die Vereine als freiwillige Leistungen eingestuft werden und in den letzten Jahren durchgehend der Haushaltssperre unterliegen. Die Unterstützung der Sportvereine muss eine Pflichtleistung der Kommunen werden.

In Darmstadt gibt es einen starken Mangel an Sportplätzen und Hallen. Die Anzahl der Sportstätten ist nicht mit der Stadt mitgewachsen. Vor allem für neue und kleinere Vereine ist es schwierig, einen geeigneten Ort für die Aktivitäten zu finden – manche müssen sogar in Sportstätten im Landkreis ausweichen. Um diese Situation zu entschärfen, müssen bei der Entwicklung neuer Wohngebiete neue Sportstätten über den lokalen Bedarf hinaus errichtet werden.

Breiten- und Leistungssport bedingen einander: Der Leistungssport und seine öffentliche Resonanz bewirken eine Motivation für den Breitensport, der Breitensport ist die unverzichtbare Basis für den Leistungssport. Deshalb müssen beide Bereiche aufeinander abgestimmt und ausreichend gefördert werden. Zusätzlicher Förderbedarf im Leistungssport darf nicht aus den Mitteln des Breitensportes gedeckt werden.

Die Linke setzt sich ein für:

- Errichtung von Sportstätten in neuen Wohngebieten über den lokalen Bedarf hinaus.
- Modernisierung und Renovierung bestehender Sportstätten. Dabei ist auch auf die barrierefreie Gestaltung zu achten.
- Die Förderung der Sportvereine muss Pflichtaufgabe der Kommunen werden.
- Keine Förderung des Leistungssports auf Kosten des Breitensports.

Kapitel VIII Antifaschismus und Migration

Für eine bunte Gesellschaft

Klare Kante gegen Rechts

Für eine freie, vielfältige und demokratische Gesellschaft braucht es eine Stärkung der wehrhaften Zivilgesellschaft. Wenn wir Grundwerte schützen wollen, müssen wir Menschenverachtung immer und überall aktiv entgegentreten – egal ob im Betrieb, in der Schule oder im Sportverein. Denn auch in Darmstadt nimmt die Bedrohung durch die extreme Rechte immer weiter zu. Mit der AfD ist eine völkische und in Teilen faschistische Partei in der Stadtverordnetenversammlung vertreten. Immer wieder finden rechte Versammlungen und Demonstrationen statt und sogenannte „Reichsbürger*innen“ organisieren sich in der Stadt. Auch die rechte Vereinnahmung des öffentlichen Raums nimmt in Darmstadt zu: Im vergangenen Jahr wurden diverse antisemitische Schmierereien an Gedenktafeln und an öffentlichen Plätzen festgestellt. Die Brandnacht am 11. September wird regelmäßig von Neonazis und anderen rechten Akteur*innen instrumentalisiert. Erst diesen Sommer wurde eine Gedenktafel nahe des Klinikums mit einem Hakenkreuz beschmiert. Diese Vorfälle zeigen: Menschen werden auch hier vor Ort aus menschenfeindlichen Motiven bedroht und angegriffen.

Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus, Queerfeindlichkeit und andere menschenverachtende Einstellungen sind bis weit in die Mitte der Gesellschaft verbreitet. Erfahrungen von Alltagsrassismus und Diskriminierung etwa bei der Wohnungssuche, im Job oder bei rassistisch motivierten Polizeikontrollen sind für viele Menschen in Darmstadt tägliche und

traurige Realität. Es ist aber nicht nur die AfD, die Hetze befeuert. Es sind auch Äußerungen am Stammtisch, „Hate Speech“ in den sozialen Netzwerken oder Kommentare auf Familienfeiern.

Darmstadt soll sich erneut beim Bundesprogramm „Partnerschaften für Demokratie“ bewerben, um zivilgesellschaftliches Engagement gegen Rassismus, Antisemitismus und rechte Hetze zu stärken.

Auch in Darmstadt gibt es noch immer eine Vielzahl an historischen Denkmälern, die in antidemokratischen, autoritären und militaristischen Traditionen stehen – sei es das Weltkriegsdenkmal am Prinz-Emil-Garten, das Leibgardistendenkmal oder die Bismarck-Statue auf dem Ludwigsplatz. Auch diese Denkmäler normalisieren demokratiefeindliche Einstellungen. Stattdessen wollen wir eine Gedenkkultur, in der Widerstand gegen Faschismus und Unterdrückung und die Opfer von Unterdrückung und Diskriminierung im Fokus stehen. Wir wollen widerständige und auch queere Stadtgeschichte sichtbar machen.

Um rechte Raumnahme wirksam zu verhindern, ist die Arbeit antifaschistischer Initiativen und anderer zivilgesellschaftlicher Projekte, die die Demokratie stärken, unerlässlich. Die Aktiven verdienen Wertschätzung und Anerkennung. Wir fordern ein Ende der Kriminalisierung antifaschistischer Initiativen und endlich langfristige Förderpläne für zivilgesellschaftliche Projekte, die die Demokratie stärken und sich gegen Rassismus, Antisemitismus und andere Formen der Menschenverachtung einsetzen. Gleiches gilt für Projekte, die Opfer und Betroffene rechter, menschenverachtender Gewalttaten unterstützen und in die gesellschaftliche Aufmerksamkeit bringen.

Die Linke setzt sich ein für:

- Besonderen Schutz für jüdische, muslimische und migrantische Einrichtungen und Personen.
- Eine unabhängige Anlaufstelle für Betroffene von rassistischer Gewalt mit psychosozialer Beratung und Rechtsunterstützung.
- Keine Zusammenarbeit mit der AfD und anderen rechten Parteien und Gruppen – auf der Straße und im Parlament.
- Die Stadt Darmstadt soll sich für ein Verbot der AfD einsetzen.
- Keine kommunalen Räumlichkeiten für die AfD und andere nationalistische, völkische, rassistische, antisemitische oder queerfeindliche Gruppen.
- Finanzielle Unterstützung für antifaschistische Bündnisse und Bildungsarbeit.
- Eine würdige Erinnerungskultur: Identifizierung historisch vorbelasteter Denkmäler durch eine unabhängige Kommission, die auch Vorschläge zum Umgang unterbreitet.
- Keine Kriminalisierung von antifaschistischen Initiativen und Projekten.

Solidarität mit Geflüchteten – gegen Ausgrenzung

Die Linke steht an der Seite aller Menschen, die von Hass und Gewalt betroffen sind. Wir wollen, dass Darmstadt ein sicherer Ort ist und bleibt – besonders für diejenigen, die von Ausgrenzung und Diskriminierung betroffen sind.

Daher lehnen wir auch die Bezahlkarte für Geflüchtete ab. Sie ist nicht nur ein Symbol des Misstrauens, sondern auch ein Instrument der Schikane, das Menschenrechte einschränkt: Die Bezahlkarte verhindert selbstbestimmtes Einkaufen, führt zu Stigmatisierung und erschwert soziale Teilhabe. Statt Integration zu fördern, isoliert sie.

Die Stadtverordnetenversammlung hat beschlossen, dem Städtebündnis „Sicherer Hafen" beizutreten. Doch Darmstadt muss mehr tun als bloß ein Symbol zu setzen. Geflüchtete brauchen von Anfang an eine menschenwürdige, dezentrale Unterbringung, Zugang zu Bildung, medizinischer Versorgung und sozialer Unterstützung. Wer bei uns Schutz sucht, soll ihn auch erhalten – ohne Angst vor Abschiebung oder Haft.

Wir fordern:

- Städtische Willkommenspolitik für Schutzsuchende statt Abschreckung und Abschiebung – Darmstadt muss ein „Sicherer Hafen" bleiben.
- Darmstadt soll sich der Initiative mehrerer deutscher Städte anschließen und sich bereit erklären Kinder aus dem Gazastreifen aufnehmen, auch in Zukunft treten wir für Aufnahmeprogramme von Menschen aus Kriegsgebieten ein.
- Menschenwürdige und möglichst dezentrale Unterbringung von Geflüchteten in Wohnungen statt Sammelunterkünften.
- Besonderen Schutz von mehrfach diskriminierten Geflüchteten, insbesondere von queeren Refugees
- Ausreichende Mittel für soziale, medizinische und psychologische Betreuung geflüchteter Menschen – ab dem ersten Tag.
- Klare Absage an diskriminierende Instrumente wie die Bezahlkarte.
- Dauerhaftes Nein zum Abschiebeknast in Eberstadt – Menschen gehören nicht eingesperrt, weil sie Schutz suchen.

Migrant*innen sind keine Menschen zweiter Klasse

Fast ein Fünftel der Darmstädter*innen darf nicht an (Kommunal-)Wahlen teilnehmen – weil sie keinen deutschen Pass besitzen. Damit wird ein erheblicher Teil unserer Stadtgesellschaft systematisch von politischer Mitbestimmung ausgeschlossen, obwohl diese Menschen von kommunalpolitischen Entscheidungen genauso betroffen sind wie deutsche Staatsangehörige. Das ist undemokratisch. Wir sagen klar: Demokratie darf nicht an der Staatsangehörigkeit enden. Wer hier lebt, soll auch mitbestimmen können!

Unser Ziel ist eine Stadt, in der alle Stimmen gehört werden und politische Teilhabe unabhängig vom Pass gewährleistet ist. Nur so kann eine gerechte, solidarische und vielfältige Gesellschaft entstehen.

Die Linke kämpft deshalb auf Landesebene für die Einführung des kommunalen Wahlrechts für alle Menschen mit dauerhaftem Wohnsitz in Darmstadt. Wir wollen die Aufnahme von kommunalen Petitionen (Bürger*innen-Anträge) in die Hessische Gemeindeordnung, die von allen Einwohner*innen, unabhängig von der Staatsangehörigkeit, initiiert und unterstützt werden können.

Migrant*innen wollen wir nicht als Objekte der Ordnungspolitik betrachten. Migration und Integration sind soziale Herausforderungen, die auch in diesem Bereich zu bearbeiten sind. Nach dem Vorbild der Stadt Wiesbaden wollen wir die Ausländerbehörde aus dem Ordnungsdezernat herauslösen und in ein Amt für Zuwanderung und Integration umwandeln. Dieses Amt wäre in einem Dezernat zusammen mit anderen sozialen Aufgabenbereichen anzusiedeln. Diese Behörde muss personell gut ausgestattet sein, damit es niemals wieder zu monatelangen Wartezeiten kommt.

Wir fordern die Einrichtung einer Arbeitsmarkt- und Integrationsberatung für Menschen mit Duldung oder Aufenthaltsgestattung nach Wiesbadener und Kölner Vorbild. Die Arbeitsmarktintegration und die selbstständige Sicherung des Lebensunterhaltes sind die Voraussetzung für ein längerfristiges Bleiberecht in Deutschland. Bei dieser Integration sind die Betroffenen aber meist auf sich alleine gestellt, es mangelt ihnen an Kenntnis der gesetzlichen Voraussetzungen und der deutschen Sprache, sie haben Schwierigkeiten beim Zugang zum Ausbildungs- und Arbeitsmarkt und sie mussten schlechte Erfahrungen mit den Behörden machen, die sie nicht bei ihren Bemühungen unterstützen. Ein städtisches Angebot an sozialpädagogischer und rechtlicher Beratung soll die Menschen zu weiteren Integrationsschritten befähigen und ihnen somit einen Weg in den gesicherten Aufenthalt eröffnen.

Wir fordern:

- Einführung des kommunalen Wahlrechts und kommunaler Petitionen für alle.
- Umwandlung der Ausländerbehörde in ein Amt für Migration und Integration.
- Einrichtung einer Arbeitsmarkt- und Integrationsberatung für Menschen mit Duldung oder Aufenthaltsgestattung
- Stärkung migrantischer Organisationen, damit ihre Anliegen gehört und in die Stadtpolitik eingebracht werden.

Kapitel IX – Gleichberechtigung

Menschen sind gleichberechtigt

Die im Grundgesetz verankerte Gleichheit vor dem Gesetz ist ein historischer Erfolg der Frauen*bewegung. Doch von tatsächlicher Gleichstellung sind wir noch weit entfernt. Frauen* verdienen im Durchschnitt weniger, übernehmen den größten Teil unbezahlter Sorgearbeit und stoßen weiterhin auf Hindernisse in Beruf, Politik und Gesellschaft.

Auch queere Menschen, Menschen mit Behinderungen oder mit Migrationsgeschichte sind im Alltag immer wieder Benachteiligungen ausgesetzt. Die Linke kämpft dafür, dass alle Menschen, unabhängig von Geschlecht, Herkunft, sexueller Orientierung, geschlechtlicher Identität oder Beeinträchtigung, gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Unser Ziel ist eine solidarische Stadt, in der Wohlstand, Bildung, Kultur, Gesundheit, Sicherheit und persönliche Entfaltung allen offenstehen.

Gleiche Rechte und gleiche Chancen müssen in allen Lebensbereichen verwirklicht werden.

Einkommensgerechtigkeit und Aufwertung von Sorgearbeit

Frauen* verdienen im Schnitt 16% weniger pro Stunde als Männer und sind überproportional in unsicheren, schlecht bezahlten Jobs tätig. Gleichzeitig übernehmen sie den größten Teil der unbezahlten Sorgearbeit. Besonders Alleinerziehende sind hier doppelt belastet: Sie tragen die gesamte Verantwortung für Kinder und Haushalt und haben oft deutlich schlechtere Chancen auf stabile, gut bezahlte Beschäftigung. Diese Ungleichheit führt in die sogenannte Teilzeitfalle und endet oft in Altersarmut: Im Alter zeigt sich der „Gender Pay Gap" (der Gender Lifetime Earnings Gap) als Rentenlücke von bis zu 53%. Altersarmut betrifft besonders Frauen.

Wir finden: Pflege- und Sorgearbeit muss endlich gesellschaftlich und finanziell aufgewertet werden!

Deshalb fordern wir:

- Gerechte Verteilung gesellschaftlich notwendiger Arbeiten, statt der einseitigen Belastung von Frauen*.
- Aufwertung und Sichtbarmachung unbezahlter Sorgearbeit.
- Selbstbestimmte Entscheidung über Erwerbs- und Sorgearbeit für Frauen, Männer und nicht-binäre Personen.
- Flächendeckende Ganztagskinderbetreuung mit festen Öffnungszeiten, echte Ganztagsschulen und flexible Angebote, um insbesondere Alleinerziehende wirksam zu entlasten (siehe Kapitel Länger gemeinsam lernen und Ganztagsangebote ausbauen).

Stadtentwicklung gerecht gestalten

Eine gerechte Stadt muss sich in ihrer Planung und in ihren Strukturen an den Bedürfnissen aller Menschen orientieren. Die Linke setzt sich für eine Stadtplanung ein, die soziale Gerechtigkeit, Inklusion und Barrierefreiheit konsequent zusammen denkt. Politik darf nicht an den Interessen bestimmter Gruppen vorbeigehen, deshalb müssen Gleichstellungs- und Diskriminierungsfragen in allen kommunalen Entscheidungen systematisch mitgedacht werden.

Auch die Stadtverwaltung selbst trägt Verantwortung: Ihre Bewerbungsverfahren sind aktuell so ausgelegt, dass nur bei exakter Gleichheit der Bewertung Angehörige von benachteiligten Gruppen bevorzugt eingestellt werden können. Auf dieser Basis ist eine Förderung nicht möglich. Wir wollen echte Chancengleichheit, indem die strukturellen Nachteile bestimmter Gruppen mit berücksichtigt werden.

Wir fordern:

- Eine familien-, frauen- und behindertengerechte Stadtplanung, die Vielfalt und unterschiedliche Bedürfnisse in allen Bau- und Infrastrukturprojekten berücksichtigt (siehe Kapitel Darmstadt sozial und ökologisch planen).
- Die systematische Überprüfung aller politischen Entscheidungen auf Gleichstellung und Diskriminierungsfreiheit.

- Eine Reform des Bewerbungsverfahrens bei der Stadt Darmstadt und ihren Eigenbetrieben, damit dieses als Instrument zur Erreichung der Gleichstellungsziele dienen kann.

Inklusion leben – Barrieren abbauen

Eine Stadt für alle muss auch für alle zugänglich sein – unabhängig von körperlichen oder geistigen Fähigkeiten. Doch Darmstadt ist noch weit von echter Barrierefreiheit entfernt. Viele Gebäude, Wege und Informationsangebote sind nicht nutzbar und auch unsichtbare Barrieren in den Köpfen verhindern gleichberechtigte Teilhabe.

Wir setzen uns für die konsequente Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention ein – nicht nur bei Neubauten, sondern auch im Bestand. Mobilität, Bildung, Freizeit und Information müssen so gestaltet werden, dass wirklich alle Menschen sie nutzen können. Barrierefreiheit bedeutet nicht nur Rampen und Aufzüge, sondern auch verständliche Sprache, digitale Zugänglichkeit und ein Bewusstsein dafür, dass Vielfalt die Stadt bereichert.

Unser Ziel ist eine inklusive Stadtgesellschaft: Teilhabe statt Stigmatisierung!

Wir fordern:

- Konsequent barrierefreien Ausbau von öffentlichem Raum, Bildungs- und Freizeitangeboten.
- Sichtbare und funktionale Barrierefreiheit: ausreichend Behindertenparkplätze, Blindenleitsysteme, klare Beschilderungen, starke Kontraste, stufenlose Zugänge, Rampen, Fahrstühle, ebenerdige Wege, Behindertentoiletten, Sitz- und Rollstuhlstellplätze, Lademöglichkeiten für E-Rollstühle sowie gute Erreichbarkeit mit dem ÖPNV.
- Barrierefreie Kommunikation auf allen Ebenen: Leichte Sprache, Gebärdensprachdolmetscher*innen, mobile Höranlagen, Audiodeskription und konsequentes Einhalten des „Zwei-Sinne-Prinzips“.
- Überprüfung aller städtischen Gebäude und Räume hinsichtlich der angeführten Forderungen.

Geschlechtergerechte Mobilität

Infrastruktur muss den Bedürfnissen aller Menschen dienen. Die bisherige Verkehrsplanung orientiert sich oft am klassischen Berufsverkehr, ignoriert aber alltägliche Wege, die vor allem von Sorgearbeitenden – meist Frauen – zurückgelegt werden.

Hier braucht es erstens kurze Wege zu Kita, Supermarkt, Ärzten und allen Dingen des täglichen Bedarfs (siehe Kapitel Die Stadt der kurzen Wege) und zweitens müssen diese Wege die zu Fuß, mit dem Kinderwagen, mit dem Rad, im ÖPNV aber nicht mit dem Auto zurückgelegt werden priorisiert werden. Das heißt, dies sollten die Wege sein, die im Winter zuerst geräumt werden und so Barrieren gemindert werden oder die bei der Verkehrsplanung als ersten bedacht werden, wenn der zu Verfügung stehende Platz verteilt wird.

Weiterhin braucht es für eine geschlechtergerechte Mobilität Schutz. Wo möglich sollten dunkle Ecken und Unterführungen vermieden werden. Und wenn diese bereits gebaut sind

bzw. nicht vermeidbar sind, sollte dafür gesorgt werden, dass sie gut beleuchtet und gut einsehbar sind.

Auch braucht es manchmal andere Optionen, um sicher nach Hause zu kommen, wenn frau sich zum Beispiel im ÖPNV nicht wohl fühlt. Dies lässt sich zum Beispiel durch einen on-demand-service nur für Frauen bewerkstelligen.

Die Linke fordert:

- Eine Verkehrsplanung die Alltagswege nicht nur berücksichtigt, sondern auch priorisiert.
- Wege müssen barrierefrei (Siehe Kapitel: Inklusion leben) und sicher zu benutzen sein.
- Sichere Alternativen wie Frauentaxis aufbauen.

Schutz vor Gewalt – überall und jederzeit

Jede dritte Frau erlebt in ihrem Leben sexualisierte Gewalt. Viele Betroffene stoßen dabei noch immer auf fehlende Sensibilität in Behörden und auf ein unzureichendes Hilfsangebot. Sicherheit darf nicht von Geldbeutel, Herkunft oder Geschlecht abhängen.

Auch digitale Gewalt – etwa Stalking, Belästigung oder Doxing – nimmt zu und muss ernsthaft bekämpft werden. Öffentliche Räume müssen so gestaltet werden, dass sie Sicherheit geben, nicht Angst machen. Wir fordern eine unabhängige Anlaufstelle außerhalb der Polizei sowie bauliche Maßnahmen für sichere öffentliche Räume.

Wir fordern:

- Unabhängige Anlaufstellen, Schutzräume und Fachberatungen für Betroffene – insbesondere FLINTA*-Personen (Frauen, Lesben, Inter-, Nicht-binäre, Trans- und Agender-Personen).
- Langfristige Sicherung und weiterer Ausbau von Frauenhäusern und Mädchenzuflucht.
- Konsequente Umsetzung der Istanbul-Konvention auf kommunaler Ebene und nachhaltige Stärkung der Hilfsangebote. (Siehe Kapitel Nein zu Gewalt an Frauen und Mädchen)

Selbstbestimmung über den eigenen Körper

Die Linke kämpft für die ersatzlose Streichung des § 218 StGB. Schwangerschaftsabbrüche dürfen nicht länger kriminalisiert, erschwert oder mit Tabus belegt werden. Gebärfähige Personen sollen frei und selbstbestimmt über ihren Körper entscheiden können – ohne staatliche Bevormundung.

Das neue Klinikum, das aus der Fusion mit dem kirchlichen Elisabethenstift entstehen soll, muss ohne jede Einschränkung die Durchführung von Schwangerschaftsabbrüchen anbieten.

Wir fordern:

- Aktiven Einsatz der Stadt Darmstadt für die ersatzlose Streichung des § 218 StGB.
- Ausreichende, geschützte und gut erreichbare Beratungsstellen für Schwangerschaftsberatung.

Vielfalt anerkennen und stärken

Vielfalt ist eine Stärke unserer Gesellschaft und sie muss sichtbar sein, respektiert und gefördert werden. Noch immer werden queere Menschen, nicht-binäre Personen und andere von Diskriminierung betroffene Gruppen im Alltag benachteiligt und stoßen auf Hürden in Bildung, Arbeit, Freizeit und im öffentlichen Raum.

Für Die Linke ist es selbstverständlich, dass alle Menschen selbstbestimmt, gleichberechtigt und ohne Angst leben können. Vielfalt soll nicht nur toleriert, sondern aktiv unterstützt werden. Dazu gehören Aufklärung über sexuelle und geschlechtliche Vielfalt in Schulen, gezielte Fortbildungen für pädagogisches und städtisches Personal sowie die verlässliche Unterstützung lokaler Initiativen wie „vielbunt e.V." oder des „SCHLAU"-Projekts.

Gleichzeitig müssen Beratungsstellen, Freizeitangebote und Projekte für queere Menschen langfristig gesichert und finanziell gestärkt werden. Sie sind zentrale Orte für Empowerment, Schutz, Bildung und gesellschaftliche Teilhabe. Auch die Gesundheitsversorgung für queere Menschen muss verbessert werden, so hat Darmstadt zum Beispiel keine PrEP-Praxis.

Wir fordern:

- Langfristige finanzielle Absicherung von Beratungsstellen für queere Menschen.
- Förderung von Projekten und Initiativen für queere Menschen, die Bildung, Empowerment und Sicherheit ermöglichen.
- Aufklärung, Sensibilisierung und Fortbildung zu sexueller und geschlechtlicher Vielfalt in Schulen, Verwaltung und öffentlichen Einrichtungen.
- Bekämpfung von Queerfeindlichkeit und Diskriminierung in allen Lebensbereichen.

Kapitel X – Demokratie, Frieden und Freiheitsrechte

Demokratie in Darmstadt beleben – für Frieden und Freiheit

Demokratie lebt von Mitgestaltung

Auch die kommunale Demokratie lebt davon, dass Menschen nicht nur alle fünf Jahre ein Kreuz machen dürfen, sondern bei wichtigen Fragen frühzeitig und ernsthaft beteiligt werden. In Darmstadt ist davon bislang wenig zu spüren: Großprojekte werden oft hinter verschlossenen Türen entschieden und Beteiligungsformate dienen allzu häufig nur als Feigenblatt. Wir wollen eine Stadt, in der Mitgestaltung nicht aus Alibi-Befragungen besteht, sondern echte Wirkung hat.

Dazu gehören regelmäßige gesamtstädtische Bürger*innenversammlungen, wie sie ab 2011 für einige Jahre veranstaltet wurden und offene Stadtteilversammlungen bei allen großen Planungs- und Bauvorhaben. Dabei sollen Betroffene nicht nur informiert werden, sondern auch mitreden können. Initiativen und Interessengruppen sollen Rederecht in den Ausschüs-

sen der Stadtverordnetenversammlung erhalten, damit ihre Perspektiven gehört werden. Demokratie heißt, dass Menschen mit ihren Anliegen sichtbar werden und nicht, dass sie außen vor bleiben.

Die Linke macht sich dafür stark, das Instrument des Bürger*innenrats in Darmstadt zu erproben und zum Standard der demokratischen Beteiligung weiter zu entwickeln. Ein solcher Rat besteht aus zufällig bestimmten Personen, die bereit sind, sich für eine begrenzte Zeit mit politischen Herausforderungen und Entscheidungen zu befassen. Er kann sich auf eine bestimmte Sachfragen beziehen oder örtlich z. B. für ein Stadtviertel zuständig sein. Er begleitet die politische Meinungsbildung bei Themen, die konkret auf der Tagesordnung stehen und berät die Stadtverordneten konstruktiv und öffentlichkeitswirksam. Solche parteiunabhängigen Beteiligungsformate ziehen wir der Einführung von Ortsbeiräten in den Stadtvierteln vor, die von anderen Parteien gefordert wird.

Wir fordern:

- Erprobung und Einführung von Bürger*innenräten.
- Regelmäßige Bürger*innenversammlungen und offene Stadtteilversammlungen zu großen Planungsthemen.
- Rederecht für Initiativen und Interessengruppen in den Ausschüssen.

Transparenz schafft Vertrauen

Die Linke steht für einen offenen und transparenten Politikstil. Demokratie lebt von der aktiven Beteiligung der Bürger*innen. Dafür sind verlässliche Informationen die Grundvoraussetzung. Nur wer weiß, was in Stadtverordnetenversammlung, Magistrat und Verwaltung geschieht, kann Entscheidungen nachvollziehen und aktiv mitgestalten. Wir setzen uns deshalb für eine Verwaltung ein, die ihre Entscheidungen nachvollziehbar macht und für ein Parlament, das seine Arbeit verständlich dokumentiert. Parlamentsunterlagen, Beschlüsse und Verwaltungsentscheidungen müssen für alle Menschen leicht zugänglich und verständlich veröffentlicht werden.

Die Erfahrung zeigt, dass der Magistrat die öffentliche Diskussion über von ihm beauftragte Studien und Gutachten scheut. Beispielsweise wurde das Klimagutachten von 2017 erst 2022 nach massivem Druck, unter anderem von Der Linken, veröffentlicht. Zuletzt weigerte sich Verkehrsdezernent Wandrey beharrlich, die Machbarkeitsstudie für die umgeplante Rheinstraßenbrücke herauszugeben. Diesbezüglich ist sogar eine Klage anhängig. Wir verlangen, dass alle Gutachten und Studien, die der Magistrat beauftragt hat und auf die er sich beruft, künftig im Parlamentsinformationssystem öffentlich bereitgestellt werden.

Wir fordern:

- Verständliche und barrierefreie Dokumente, damit wirklich alle Bürger*innen die Möglichkeit haben, Politik zu verstehen und mitzugestalten.
- Veröffentlichung von Bild- und Tonaufnahmen der StaVo für alle Bürger*innen in leicht navigierbarer und barrierefreier Form für die Dauer einer Wahlperiode.
- Konsequente Umsetzung der 2021 beschlossenen Informationsfreiheitssatzung.

Freiheitsrechte sichern und öffentliche Räume erhalten

Öffentliche Plätze sind Orte der Begegnung, des Austauschs und politischer Teilhabe. In Darmstadt werden sie jedoch zunehmend durch Überwachung, Verbotszonen und kommerzielle Nutzung eingeschränkt. Mit der Waffenverbotszone am Luisenplatz hat die Stadt anlasslose Personenkontrollen ermöglicht, die bekanntlich ein Einfallstor für „Racial Profiling" sind, was bedeutet, dass Menschen aufgrund ihres Aussehens verstärkt kontrolliert werden. Solche Maßnahmen stellen alle unter Generalverdacht, fördern diskriminierende Kontrollen und schaffen vor allem ein Klima der Verunsicherung.

Auch die Videoüberwachung am Luisenplatz bleibt umstritten: Trotz hoher Kosten konnte ihre Wirksamkeit nicht belegt werden, während die Kameras Versammlungsfreiheit und Privatsphäre gefährden. Die Kameras werden bei politischen Versammlungen auf dem Luisenplatz ausgeschaltet. Das ist wichtig und muss so bleiben. Die Erweiterung der Überwachungsmöglichkeiten durch den Einsatz von Künstlicher Intelligenz wird von der Landesregierung gefördert, die Modellprojekte betreibt und gesetzliche Grundlagen schaffen will. Die Anwendung solcher Technologien, z. B. der automatischen Gesichtserkennung, wäre ein großer Schritt auf dem Weg in einen Überwachungsstaat. Wir befürchten, dass diese Diskussion in der nächsten Wahlperiode auf uns zukommt. Die Linke wird sich scharf gegen ein solches Vorhaben aussprechen und gesellschaftliche Proteste unterstützen.

Repressionen treffen oft die vulnerabelsten Gruppen: Mit dem neuen Bettelverbot wird in Darmstadt jede Ansprache um Hilfe untersagt – ein klarer Angriff auf die Menschenwürde. Armut soll damit aus dem Stadtbild verdrängt statt bekämpft werden.

Die Stadt Darmstadt genehmigt, dass Teile des öffentlichen Raums für kommerzielle Großveranstaltungen, wie das Schlossgrabenfest, abgesperrt und nur noch zahlendem Publikum zugänglich gemacht werden. Damit verlieren Innenstadtflächen ihren Charakter als frei zugängliche Orte für alle.

Wir wollen eine Stadt, in der öffentliche Räume offen bleiben – ohne Überwachung, Verbotszonen oder Kommerzialisierung und in der Freiheitsrechte nicht für eine Scheinsicherheit geopfert werden.

Wir fordern deshalb:

- Kein Ausbau der Videoüberwachung und am besten Abbau der bestehenden Anlagen auf dem Luisenplatz. Keine Einführung von KI-gestützten Analyse-Technologien.
- Klare Absage an Repressionen gegen arme Menschen und Suchtkranke sowie sichtbaren Minderheiten im Stadtraum (siehe Kapitel Prävention und Räume statt Stigmatisierung und Vertreibung von Drogenabhängigen).
- Kein Bettelverbot und Waffenverbotszone.
- Politische Kreidezeichnungen im öffentlichen Raum sind keine Ordnungswidrigkeit!
- Genehmigung für Großveranstaltungen in der Innenstadt nur, wenn diese Veranstaltung zumindest teilweise frei zugänglich ist.

Für eine bodenständige Digitalstadt: Onlinezugang ausbauen, analoge Zugänge erhalten

Digitalisierung ist ein unaufhaltsamer gesellschaftlicher Prozess, der zum Nutzen aller Menschen politisch gestaltet und demokratisch kontrolliert werden muss. Die Stadt darf sie nicht privaten Unternehmen und damit Kapitalinteressen überlassen. So müssen die Daten im Eigentum der Stadt bleiben und weitgehend zur freien Nutzung bereit gestellt werden. Die Linke wird immer darauf achten, dass bestimmte Bevölkerungsgruppen, die Schwierigkeiten mit dem Zugang zu digitalen Medien haben, dabei nicht abgehängt werden. Insbesondere müssen wichtige Dienstleistungen auch weiter analog verfügbar sein. Beim Erwerb von Fahrkarten hat die HEAG mobilo dieses Prinzip leider aufgekündigt, wodurch es eine wachsende Zahl von Haltestellen ohne Fahrkartenautomaten gibt. Die Digitalisierung darf nicht zu einer digitalen Spaltung nach dem Einkommen führen (siehe Schule als Lern- und Lebensraum).

In Darmstadt waren die Prioritäten jahrelang falsch gesetzt. Die „Digitalstadt“ ließ sich zwar medienwirksam in Szene setzen, hatte aber für den Alltag der Bürger*innen wenig Bedeutung. So bietet die teure Servertechnik der Datenplattform wenig Nutzen für die Öffentlichkeit. Derweil wurde die Schaffung von digitalen Zugängen zu den Verwaltungsdienstleistungen der Stadt vernachlässigt. Nach zwei „verlorenen Wahlperioden“ hat der Magistrat nun endlich das Ruder herumgerissen und steckt die Ressourcen der „Digitalstadt“ in die Digitalisierung der Verwaltung.

„Smart City“-Projekte können durchaus nützlich sein für die Stadtverwaltung und die Bürger*innen, z. B. durch die Bereitstellung von Umweltdaten oder Verkehrszählungen in Echtzeit. Wichtig wäre auch die öffentliche Bereitstellung von möglichst vielen nicht personenbezogenen Datenbeständen der Verwaltung wie Pläne oder andere Geodaten. Wir wollen keine Spielereien, sondern Sicherheit, dass nützliche Projekte in Gang gesetzt werden.

Die Linke unterstützt die „Ethischen Leitlinien“ des Ethikbeirats der Digitalstadt, die unter anderem die Gemeinwohlverpflichtung der Projekte, die demokratische Kontrolle der Digitalisierungsprozesse, den diskriminierungs- und barrierefreien Zugang zu den Technologien sowie die Durchführung von Technikfolgenabschätzungen und die Gewährleistung von Nachhaltigkeit zum Inhalt haben.

Die Linke fordert:

- Konzentration der Ressourcen auf den digitalen Zugang zu den Dienstleistungen der Stadtverwaltung
- Digitale Teilhabe für alle gesellschaftlichen Gruppen und Beibehaltung analoger Zugänge zu Dienstleistungen, kein „Digitalzwang“.
- Beachtung der „Ethischen Leitlinien“ der Digitalstadt

Darmstadt ist eine Stadt des Friedens

Die Linke steht für friedliche Konfliktlösungen weltweit. Die aktuellen Konflikte und Kriege haben auch mit der Politik der westlichen Staaten zu tun, die ihre historische Vormachtstellung gegen den Aufstieg anderer Länder und Weltregionen verteidigen wollen. Wir kämpfen dafür, dass sich Deutschland für einen friedlichen und solidarischen Weg in eine multipolare Welt einsetzt. Die NATO dient nicht diesem Zweck. Sie ist ein Relikt des Kalten Krieges und ist aufzulösen.

Das gigantische Rüstungsprogramm, das infolge der „Zeitenwende" aufgelegt und mit Sonderschulden in Höhe von 1.000 Mrd. Euro finanziert wird, soll künftig fünf Prozent des Bruttoinlandsprodukts verschlingen. Das ist fast die Hälfte des Bundeshaushalts. Dieses Geld wird aber auch den Kommunen fehlen (siehe Kapitel Die Kommunen stecken tief in der finanziellen Krise). Es wird in unseren Schulen, Krankenhäusern und im Kampf gegen die Klimakrise fehlen. Es wird fehlen, um sozialen Ausgleich in einer immer stärker gespaltenen Gesellschaft zu schaffen. Es wird als Fundament für die lokale Demokratie, die ausgehöhlt wird, wenn es nichts mehr zu verteilen gibt, fehlen. Die Linke stemmt sich gegen diese wahnsinnige Politik, die opfert, was sie zu verteidigen vorgibt.

Die Linke tritt ein gegen militärische Indoktrination der Jugend an Schulen, bei Ausbildungsmessen oder ähnlichen Veranstaltungen. Wir lehnen die Aufweichung oder gar Abschaffung der Zivilklauseln an unseren Hochschulen ab und unterstützen die Studierenden, die sich für ihren Erhalt einsetzen.

Es gibt Signale, dass die Bundeswehr trotz der Aufgabe des Panzerausbesserungswerks das Gelände in der Starkenburg-Kaserne nicht zur Wohnbebauung freigeben will, um sich Reserven für das Wachstum des Militärs zu erhalten. Wir sind nicht damit einverstanden, dass durch die Aufrüstung die letzten verbliebenen räumlichen Entwicklungsperspektiven in unserer Stadt eingeschränkt werden.

Auch die Major-Plagge-Kaserne in Pfungstadt direkt an der Darmstädter Gemarkungsgrenze soll erweitert werden. Dazu ist die Rodung von 25 Hektar Bannwald auf dem Kasernengelände vorgesehen. Dagegen regt sich Protest, unter anderem von der „Schutzgemeinschaft Deutscher Wald", aber auch vom Bündnis „Niemandswald bleibt" und von linken Klima- und Umweltschutzgruppen. Diesen Protest unterstützt Die Linke.

Die Funktionen des US-Abhörzentrums im „Dagger-Komplex" bei Griesheim auf dem Stadtgebiet von Darmstadt wurden teilweise nach Wiesbaden-Erbenheim verlegt. In Darmstadt werden noch die Daten aus dem Internet abgeschöpft und die Rechner betrieben, die in Wiesbaden zur Überwachung der weltweiten Kommunikation und zur politischen Spionage benutzt werden. Auch die völkerrechtswidrigen Drohneneinsätze, vor allem im mittleren Osten, werden von hier durch Datenanalysen unterstützt. Hierfür darf in Deutschland und in Darmstadt kein Platz sein.

Die Linke tritt für Verständigung, Frieden und Menschenrechte in jedem Konflikt ein. Gerade im Hinblick auf den Krieg im Nahen Osten und die schweren Kriegsverbrechen sind auch in unserer Stadt tiefe Wunden aufgerissen worden. Wir werden den Nahostkonflikt nicht in Darmstadt lösen können, aber wir können unmissverständlich für Menschenrechte für alle und einen gerechten Frieden eintreten. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass Darmstadt neben der bestehenden Partnerschaft mit Naharija eine Partnerschaft mit einer Palästinensischen Stadt eingeht. Damit können wir Verständigung fördern und ein Zeichen für die Anerkennung Palästinas setzen.

Für Darmstadt fordert Die Linke:

- Keine Werbeveranstaltungen für Jugendliche und Minderjährige für den Militärdienst in Schulen, an Ständen der Bundeswehr auf Messen oder im Jobcenter.
- Erhaltung der Zivilklauseln an den Darmstädter Hochschulen.
- Keine Werbung der Bundeswehr an Fahrzeugen der HEAG mobilo.
- Niemandswald bleibt!

Kapitel XI - Kultur

Kultur für alle

Darmstadts kulturelle Vielfalt für alle

Die Kulturförderung ist eine der wichtigsten Aufgaben der Kommunalpolitik. Die Teilnahme an kulturellen Aktivitäten ist für Menschen und Gruppen eine Möglichkeit, ihre Identität zu entwickeln, auszugestalten und sie anderen zu vermitteln. Kultur ist dynamisch und ändert sich fortwährend. Und Kultur wird auch immer ein Ort der gesellschaftlichen Kontroversen sein. Die Stadt hat die Pflicht, dies zu unterstützen.

Die Linke will allen gesellschaftlichen Gruppen eine gleiche Teilhabe am reichen kulturellen Leben der Stadt ermöglichen. So kann Kultur einen starken Beitrag zur Förderung von Toleranz und Vielfalt leisten und gemeinsame Bezugspunkte für die unterschiedlichen sozialen Schichten schaffen. Finanziell Benachteiligte müssen also einen kostengünstigen Zugang zum Darmstädter Kulturangebot bekommen. Hierzu schlagen wir vor, dass neben den Studierenden auch Jugendliche und Empfänger*innen von Sozialleistungen Vorstellungen im Staatstheater kostenlos besuchen dürfen. Die Vergünstigungen für Inhaber*innen der Teilhabecard in städtisch geförderten Kultureinrichtungen müssen weiter ausgebaut werden.

Die Linke hat die Schließung der Stadtteilbibliotheken in Arheilgen und Bessungen kritisiert und den Protest gegen diese Entscheidung unterstützt. Dadurch sind zwei wichtige Orte der Lesekultur dem Rotstift zum Opfer gefallen. Vor allem Kinder und in ihrer Mobilität eingeschränkte Menschen benötigen einen wohnortnahen Zugang zum Angebot der Stadtbibliothek. Die Linke setzt sich dafür ein, dass die verbliebenen Stadtteilbibliotheken in Eberstadt und Kranichstein erhalten bleiben und mit ausreichender Personalausstattung wieder nutzer*innengerechte Öffnungszeiten anbieten.

Breite Kulturförderung statt Leuchturmprojekte

Einen wesentlichen Anteil am Kulturbetrieb hat die freie Kulturszene. Die gesamte bunte Szene nicht-staatlicher und nicht-städtischer Kultur erhält nur einen Bruchteil das städtischen Kulturetats, während über 40% (21 Mio. Euro) an das Staatstheater und 12% (6 Mio. Euro) an die Mathildenhöhe fließen. Die breitenwirksameren Einrichtungen der Volkshochschule und der Stadtbibliothek erhalten jeweils nur ca. 2,5 Mio. Euro.

Die Zuschüsse an die freie Kulturszene werden seit Jahren nicht mehr erhöht, so dass sie inflationsbereinigt Jahr für Jahr sinken. Hinzu kommen die Haushaltssperren, die mit dem Haushalt 2025/26 teilweise sogar in dauerhafte Kürzungen umgewandelt wurden. So ist eine Weiterentwicklung kaum noch möglich – stattdessen ist viel ehrenamtlicher Einsatz und Selbstausbeutung nötig, um wenigstens das Erreichte zu erhalten.

Auch Kulturschaffende müssen von ihrer Arbeit leben können. Dies gilt für die rund 500 Beschäftigten des Staatstheaters genauso wie für die hauptberuflichen Künstler*innen der freien Kulturszene. Letztere ist geprägt von Selbstausbeutung, von prekären Beschäftigungsverhältnissen, von Projektverträgen ohne soziale Absicherung und von Einkommen unterhalb der Armutsgrenze. Eine zuverlässige Kulturförderung, die mit den Preissteigerungen mitwächst, würde den Initiativen eine sichere Planung und den Kulturschaffenden ein besseres Einkommen ermöglichen.

Weiterhin müssen auch die Flächen für Festivals und Schausteller eine gerechte Kostenverteilung haben. Es kann nicht sein, dass das eine Festival nur nach Sondernutzungssatzung zahlen muss, obwohl es nicht mal für alle zugänglich und das andere sich zu viel schlechteren Konditionen eine Fläche von der Stadt mieten muss, nur weil dort alternative Musik gespielt wird. Es kann ebensowenig sein das Schaustellerflächen auf Festivals oder Volksfesten so teuer gemacht werden oder das Verfahren diese zu bekommen so kompliziert gemacht wird, dass keine Vielfalt mehr unter den Schausteller*innen herrscht.

Bei aller Wertschätzung unserer „kulturellen Leuchttürme“ sehen wir ein Missverhältnis bei der Kulturförderung. Für eine bessere Förderung der freien Kultur schlagen wir einen Solidaritätsbeitrag der Staatstheaterbesucher*innen für die freie Kulturszene vor: Auf alle Staatstheater-Tickets der oberen Preisklassen sowie bei Premieren wird ein Zusatzbetrag von einem Euro erhoben, der direkt der freien Kulturszene in Darmstadt zu Gute kommt.

Mathildenhöhe und Weltkulturerbe

Die Mathildenhöhe als Gesamtensemble aus Ausstellungsgebäuden, dem Hochzeitsturm, den Freiflächen, dem Platanenhain sowie den noch bestehenden und kulturell genutzten Künstler*innenhäusern wollen wir in ihrer Gesamtheit schützen und für alle erhalten.

Wir haben uns jedoch immer gegen die Bewerbung der Mathildenhöhe zum UNESCO Weltkulturerbe ausgesprochen. Zum einen wegen der hohen Kosten, die durch die Einnahmen durch den Tourismus nicht annähernd kompensiert werden können. Zuletzt haben die Stadtverordneten über 21 Mio. Euro für den Bau des Informationszentrums bewilligt, während für andere Investitionsprojekte das Geld fehlt.

Zum anderen nimmt das Weltkulturerbe anderen Kulturorten den Raum, nicht nur im übertragenden Sinn, sondern auch ganz konkret. Bisher bot der Kulturort Mathildenhöhe neben den klassischen Ausstellungshallen und dem Jugendstilmuseum immer auch öffentlichen städtischen Raum und Flächen für Experimentelles und Zukunftsweisendes. Zu nennen ist insbesondere der „Osthang“, der für alle frei und niederschwellig zugänglich war, ganz im Sinne der Grundidee der Mathildenhöhe. Das Osthang-Projekt musste nun für das Weltkulturerbe-Informationszentrum weichen und bekam am Stadtrand einen nicht zufriedenstellenden neuen Ort. Endlich hat der OHA e.V. damit zwar das Versprechen etwas dauerhaftes aufbauen zu können und muss nicht jedes Jahr aufs neue hoffen, dass die Stadt ihnen ein weitermachen erlaubt. Aber der Ort ist nicht deutlich kleiner und schwer zu erreichen, durch die Lage im Stadtgebiet ist nicht mal die versprochende Förderung sicher gestellt. Wir haben regelmäßig kritisiert, dass der OHA e.V. weichen muss für ein Informationszentrum, was nicht einmal von der UNESCO gefordert wird. Und wir bedauern, dass Vorschläge für eine alternative Lösungen bei der Koalition und beim Oberbürgermeister nicht auf Interesse gestoßen sind.

Die Linke wird sich dafür einsetzen, dass:

- das Weltkulturerbe künftig mit möglichst geringem Ressourceneinsatz betrieben wird.
- das das Informationszentrum soweit wie möglich verkleinert wird.
- die Versprechen gegen über dem OHA e.V. eingehalten werden und dieser nicht nur die Förderung am neuen Ort erhält, sondern nach den Baumaßnahmen, wieder auf der Mathildenhöhe agieren darf.

Öffentliche Kultur in jedem Stadtteil

Wenn die Menschen nicht zur Kultureinrichtung kommen, dann muss die Kultureinrichtung zu den Menschen kommen, die bislang nicht ins Museum oder in die Oper gehen. Es gibt erste Schritte in diese Richtung, wir können aber mit wenig Aufwand noch viel mehr tun.

„Museumsfenster“ in jedem Stadtteil, etwa mit Mini-Ausstellungen in Geschäften und öffentlichen Gebäuden (Bürger*innenämtern, Arbeitsämtern, Stadtbibliotheken usw.), in Vitrinen auf Plätzen und Friedhöfen oder in „echten“ Schaufenstern z. B. von leer stehenden Ladenlokalen. Auch lokale bildende Künstler*innen und andere lokale Initiativen können die Museumsfenster nutzen. Auch „Street Art“ kann aktive künstlerische Betätigung in die Stadtteile tragen. Die Graffiti-Wand in der Lincoln-Siedlung ist dafür ein gutes Beispiel. Wir wollen auch in anderen Stadtvierteln öffentliche Flächen für „Street Art“ freigeben.

An den jeweiligen Stadtteil angepasst sollen fußläufig Räume der Bildung und Begegnung entstehen, in denen man sich zu Hause fühlt. Mit bezirksspezifisch ausgerichteten Film- und Veranstaltungsangeboten entstehen niedrigschwellige Anziehungspunkte und bezahlbare Raumangebote für die vielfältigen Kulturen der Stadt.

Der Mangel an Proberäumen ist ein großes und wachsendes Problem in unserer Stadt. Zuletzt wurde die „Alte Glasbläserei“, die zur Müllverbrennungsanlage gehört, aus schwer nachvollziehbaren Gründen geschlossen. Angemessener Ersatz konnte den Bands bisher

nicht angeboten werden. Wir haben die Musiker*innen beim Kampf für den Erhalt ihrer Räumlichkeiten durch Anfragen und Anträge unterstützt. Die Stadt ist gefordert, Bands und andere Künstler*innen bei der Suche nach Räumen zu unterstützen und bei der Planung von neuen Stadtvierteln oder bei größeren Bauprojekten muss die Schaffung von kultureller Infrastuktur immer mitgedacht werden.

Die Linke fordert:

- Freigabe von nicht genutzten städtischen Liegenschaften zur Zwischennutzung durch Kulturprojekte.
- Unterstützung der Künstler*innen bei der Suche nach Freiräumen.
- Schaffung von Ateliers und Proberäumen für Künstler*innen sowie von Begegnungsräumen, Kunst- und Kulturzentren im Bestand und bei der Entwicklung neuer Bebauungen.
- Ausweisung von Sprühflächen für „Street Art".
- Auslobung eines jährlichen Jugendkulturpreises mit einer Jury aus engagierten Jugendlichen.
- Erinnerungskultur in all ihren Facetten schützen und gestalten! (Siehe Kapitel Klare Kante gegen rechts)

Kapitel XII – Haushalt und kommunale Finanzen

Investieren in die Zukunft!

Die Kommunen stecken tief in der finanziellen Krise

Ein Gemeinwesen, das sich sogar in Zeiten hoher Einnahmen einschränken muss, hat für Krisenzeiten keine Reserven – mit diesem Argument hatten wir in unserem Programm vor fünf Jahren begründet, dass die Kommunen unterfinanziert sind. Dies hat sich nun für Darmstadt dramatisch bewahrheitet.

Es waren nicht die Ausgabenkürzungen der grün-schwarzen Haushaltskonsolidierungsprogramme, die viele Jahre in Folge einen ausgeglichenen Haushalt ermöglicht haben, sondern die Einnahmen durch die gute Wirtschaftslage (und 2020/21 auch durch die Corona-Hilfen). Die weltpolitischen Krisen und die verfehlte Steuer- und Wirtschaftspolitik auf Bundesebene haben nun bewirkt, dass den Kommunen die Einnahmen fehlen, um das bisherige Niveau der kommunalen Leistungen und Investitionen zu finanzieren. Der Doppelhaushalt 2025/26 plant für beide Jahre mit einem Defizit von jeweils ca. 40 Mio. Euro, obwohl wichtige Zukunftsinvestitionen bereits gekürzt und die sogenannten freiwilligen Leistungen zur Förderung von Sportvereinen, Kulturinitiativen und Sozialprojekten dauerhaft um 20% reduziert wurden. Die geplante Aufrüstungsorgie wird den Bundeshaushalt massiv belasten, so dass von dort anstelle der notwendigen Unterstützung eher noch Kürzungen zu Lasten der Kommunen zu erwarten sind. Auf diese Weise kommen die außenpolitischen Richtungsentscheidungen und die damit verbundene Rüstungspolitik in den Kommunen und im Alltagsleben der Menschen

an. Wir müssen leider damit rechnen, dass sich die Haushaltslage unserer Stadt in den kommenden Jahren weiter verschärft.

Wenn es, wie in den vergangenen beiden Jahren, in der Kommunalpolitik nur noch darum geht, wie man einen hochdefizitären Haushalt genehmigt bekommt, dann gibt es für neue Ideen und Vorschläge keinen Resonanzboden mehr. So wird die Demokratie ausgehöhlt und der Kampf gegen die gesellschaftliche Rechtsentwicklung geschwächt. Diese Entwicklung ist beängstigend.

Sparen kommt uns alle teuer zu stehen

Der grün-schwarzen Koalition ging es in ihren ersten beiden Amtszeiten ab 2011 schwerpunktmäßig um die „Konsolidierung" des durch die damalige weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise angeschlagenen Haushalts. Einrichtungen wie die Stadtteilbibliotheken wurden geschlossen und es wurde trotz günstiger Zinsen nur das Notwendigste investiert. Der Investitionsstau wurde verschärft anstatt abgebaut – beispielsweise blieben die Planungen für den Bau der Rheinstraßenbrücke jahrelang in der Schublade liegen. Diese Zeit der „Konsolidierung" waren verlorene Jahre, insbesondere für den Ausbau des Radverkehrs, für den Klimaschutz, für die Schaffung bezahlbaren Wohnraums und für die Schulbausanierung. In der vergangenen Wahlperiode wurden dann auf massiven Druck, z. B. des Radentscheids und der Klimabewegung, endlich Maßnahmen in Bewegung gesetzt, die schon viel weiter fortgeschritten sein könnten, wenn die Haushaltspolitik sich nicht jahrelang auf die „Schwarze Null" fixiert hätte.

Die Linke hat als Oppositionsfraktion diese grün-schwarze Kürzungspolitik im Stadtparlament immer wieder kritisiert. In der vergangenen Wahlperiode mussten wir aber auch die Ausweitung der Investitionsausgaben durch die Koalition gegen Angriffe von rechter und neoliberaler Seite verteidigen. Damit haben wir unseren Teil dazu beigetragen, dass ein Radwegeprogramm entstand, dass die Stadt den Klimaschutz entschlossener anging, dass eine Sozialwohnungsquote eingeführt und die Ausschüttung des Bauvereins gedeckelt wurde. Wir sehen es als unsere Aufgabe an, im Stadtparlament dafür zu sorgen, dass auch bei schwieriger Kassenlage Zukunftsinvestitionen voran getrieben werden und die freiwilligen sozialen Leistungen der Stadt für Soziales, Sport, Kultur und Bildung mit der Preissteigerung Schritt halten.

Die extrem schwierige Kassenlage der Stadt stellt nun viele Fortschritte wieder in Frage. Verkehrsprojekte wurden verschoben, Fahrpläne wieder ausgedünnt, das Heinerliner-Angebot stark eingeschränkt und die Kooperationsvereinbarung mit dem Bauverein zur Begrenzung von Mieterhöhungen beendet. Das Investitionsvolumen wurde auf 75 Mio. Euro pro Jahr begrenzt. Wir müssen befürchten, dass dies nur der Anfang einer Entwicklung ist, in der soziale Leistungen und Zukunftsinvestitionen zusammengekürzt werden. Angesichts der wachsenden Armut und der bedrohlichen Rechtsentwicklung brauchen wir aber den Ausbau von Sozialleistungen, des geförderten Wohnungsbaus sowie von Zuschüssen für Kultur, Bildung und Freizeit. Wir brauchen Investitionen in die Energie- und Verkehrswende, in den Klimaschutz und in die Bildung. Alles andere wird uns und künftige Generationen teuer zu stehen kommen.

Dafür werden wir uns im Darmstädter Stadtparlament einsetzen. Man wird uns entgegnen, dass unsere Forderungen zwar wichtig, aber nicht finanzierbar seien. Doch die Haushaltskrise wird politisch erzeugt und zwar von den gleichen Parteien, die sich vor Ort in Darmstadt über deren Folgen beklagen. Die Linke ist für diese Politik nicht verantwortlich. Deshalb werden wir als politische Opposition unsere Forderungen für eine soziale, ökologische und klimagerechte Stadt nicht nach der kommunalen Kassenlage ausrichten.

Reichtum gerecht besteuern und Schuldenbremse abschaffen

Die Linke kämpft auf Bundesebene für sozial gerechte Steuerreformen, die Reichtum und Profite stärker belasten. Wir fordern die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, die Erhöhung des Spitzensteuersatzes der Einkommenssteuer und die Besteuerung von großen Erbschaften, Kapitaleinkünften und Spekulationsgewinnen. Die Gewerbesteuer soll zu einer Gemeindewirtschaftssteuer weiterentwickelt werden, die auch Freiberufler*innen wie Ärzt*innen und Anwält*innen einbezieht und die sich auf die Wertschöpfung in der Kommune (und nicht auf die Gewinne des Gesamtkonzerns) bezieht. Außerdem lehnt Die Linke die geplante massive Aufrüstung entschieden ab, die die Haushalte auf allen Ebenen extrem belasten wird. Auf dieser Basis wäre eine krisenfeste Finanzierung der Kommunen möglich. Ohne ein Umsteuern in der Steuerpolitik wird die Stadt Darmstadt die beschlossenen Klimaziele nicht erreichen, wird die Verkehrswende stecken bleiben und die Schaffung von ausreichend bezahlbarem Wohnraum an Kapitalmangel scheitern.

Solange auf Bundesebene keine Mehrheiten für eine solidarische Steuerpolitik existieren, müsste in der Kommune ein Haushaltsdefizit hingenommen werden. Das ist keine verantwortungslose Politik – unverantwortlich ist vielmehr, den kommenden Generationen mangelhafte Bildung, eine sozial gespaltene Gesellschaft und ein rückständiges Verkehrssystem zu hinterlassen und sich um unseren Anteil zur Herstellung von Klimagerechtigkeit zu drücken. Wir wissen, dass dies im Gegensatz zur „Schuldenbremse“ steht. Deren Aufnahme in die hessische Verfassung im Jahre 2011 hatte Die Linke abgelehnt und sich an der Gegenkampagne beteiligt, denn es ist der Zweck der „Schuldenbremse“, weitere Sozialkürzungen zu legitimieren. Sie nimmt der Stadtverordnetenversammlung die Entscheidungsfreiheit, in schwierigen Zeiten wichtige Investitionen und laufende Ausgaben aufrecht zu erhalten und ist daher undemokratisch und politisch wie ökonomisch unvernünftig. Obwohl die Kritik an der Schuldenbremse zunimmt, gibt es leider noch keine Mehrheit für ihre Abschaffung.

Die Linke fordert von der Bundes- und Landespolitik:

- Sozial gerechte Steuerreformen zur Verbesserung der kommunalen Steuereinnahmen.
- Einhaltung des Konnexitätsprinzips („Wer bestellt, muss zahlen“) durch Land und Bund – vollständige Kostenübernahme aller Leistungen, mit denen die Kommunen beauftragt werden.
- Wiederherstellung des kommunalen Selbstbestimmungsrechts durch Abschaffung der Schuldenbremse.

Die Grundsteuer und die Gewerbesteuer können die Kommunen selbst festlegen. Die Linke ist gegen jede weitere Erhöhung der Grundsteuer. Bezüglich der Gewerbesteuer schlagen

wir vor, die Steuerehrlichkeit statt den Steuersatz zu erhöhen. Kommunen können für die ansässigen Unternehmen an den Außenprüfungen der Landesfinanzbehörden teilnehmen. Einige Großstädte haben mit dieser Gewerbesteuermitwirkung gute Erfahrungen gemacht, darunter unsere Nachbarstadt Wiesbaden, die 2022 mit nur drei Mitarbeiter*innen ca. 1,7 Mio. Euro zusätzliche Steuereinnahmen generieren konnte. Bisher ist es leider nicht gelungen, die Koalition davon zu überzeugen, auch in Darmstadt durch Gewerbesteuermitwirkung das Steueraufkommen zu verbessern. Wir werden diese Forderung auch künftig vertreten.

Die Linke orientiert ihre Haushaltspolitik an den folgenden Grundsätzen:

- Wir werden keinen Beschäftigungsabbau bei der Stadt unterstützen.
- Wir werden keine Kürzungen bei den Freiwilligen Leistungen im sozialen Bereich, bei freien Kulturträger*innen und bei der Bildung mittragen.